

Das Abonnement

auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen

nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 8. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Appellationsgerichts-Rath Karl von Fuchsius zu Köln den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem Schulherrn und Organisten Fastrz emsli zu Mühlberg im Landkreise Danzig das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner die Kreisrichter Schmidt zu Grunberg, Hertel zu Lauban und Haack zu Löwenburg zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen, dem Rechtsanwalt und Notar Nimmer zu Rothenburg den Charakter als Justizrat und dem Appellationsgerichts-Sekretär Joachim zu Glogau den Charakter als Rechnungsgerichtsrat zu verleihen; so wie den Detan Nelle zu Gaggenau bei Danzig zum Ehren-Domherrn an der Kathedral-Kirche zu Pölplin zu erneuen; endlich dem Kammerjäger Knau bei der Gesandtschaft in Darmstadt die Erlaubnis zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein Königlicher Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes zweiter Klasse Ludwigs-Ordens zu erhalten.

Der Chirurg erster Klasse C. F. G. Rathmann zu Gramzow ist zum Kreisärzt erster Klasse im Kreise Pyritz, Regierungsbezirk Stettin, ernannt worden.

Der Chirurg erster Klasse C. G. Grebin ist zum Kreisärzt im Kreise Memel, Regierungsbezirk Königsberg, ernannt worden.

Ihr Majestät die Königin haben Allergnädigst geruht: dem Kupferschmiedemeister Carl Nielsien hier selbst das Prädikat Allerhöchstes Hof-Befreitent zu verleihen.

Not Nr. 34 des St. Anz.'s enthält Seitens des I. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts-, und Medizinal-Angelegenheiten einen Birkular-Erlaß vom 20. Januar 1862, betr. die Abhaltung einer allgemeinen Kirchen- und Hauskollekte für die dringendsten Bedürfnisse der evangelischen Landeskirche; ferner Seitens des selben Ministeriums einen Erlaß vom 19. März 1861, betr. die Freilassung der Foren von Schul-Unterhaltungs-Beiträgen und die Besteuerung der außerhalb des Schulbezirks gelegenen Grundstücke, und einen Bescheid, denselben Gegenstand betreffend, vom 20. August 1861; sowie Seitens des I. Ministeriums des Innern eine Birkular-Befreiung vom 13. Dezember 1861, betr. die Verhältnisse der in Rußland sich aufzuhalgenden militärisch-pflichtigen Preußen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Hannover, Freitag 7. Febr., Nachmittags 3 Uhr. So eben ist die Ständeversammlung bis zum 18. März vertagt worden. Zur Prüfung von Regierungsbvorlagen bleiben ständische Kommissionen versammelt. Zum Landtagskommissar ist der Geheimrath Lütken ernannt worden.

London, Freitag 7. Febr. Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,734,655, der Metallvorrath 15,956,903 Pf. St. (Eingeg. 8. Februar 9 Uhr Vormittags.)

Der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister.**II.**

Die Erste Kammer, wie es der §. 33 des Verfassungsentwurfs vom 20. Mai 1848 wollte, als Staatsgerichtshof zur Entscheidung über Ministeranklagen hinzustellen, war eine jener leeren sinnlosen Nachahmungen des englischen Verfassungsrechts, an denen der Konstitutionalismus so reich ist. Weder eine aus Wahlen hervorgegangene Erste Kammer, noch ein Herrenhaus von der Art des gegenwärtigen, besitzt in irgend einer Beziehung diejenigen Eigenschaften, die es zur Bekleidung richterlicher Funktionen, zur Handhabung eines förmlichen Verfahrens mittels Urteil und Recht befähigen könnten. Wenn die strafgerichtliche und disziplinarische Verantwortlichkeit der Minister wirklich dazu beitragen sollte, den Rechtsstaat zu vervollkommen, und nicht bloß ein Befehl zu sein für den Parlamentarismus, dann war der von all' unseren späteren Verfassungsentwürfen, dem der Nationalversammlung, der Ostrojanern und den revidierten Verfassungsurkunde eingeschlagene Weg, dem höchsten ordentlichen Gerichtshof des Landes die Entscheidung über die Ministeranklagen anzutrauen, der allein korrekt; auf ihm allein wurde wenigstens der Versuch gemacht, das Verfahren gegen rechtsbrüchige Minister mit der bestehenden Rechtsordnung, den überkommenen Institutionen des Landes, in organischem Zusammenhang zu bringen. Für den Einfall des vorliegenden Gesetzentwurfs, das Obertribunal durch einen willkürlichen konstruierten Ausnahmegerichtshof zu ersehen, fehlt es an jedem ausreichenden Grunde. Es ist nicht abzusehen, weshalb die Präsidenten der Appellationsgerichte geeigneter beschieden worden sind, über Ministeranklagen Recht zu sprechen, als die Räthe des Obertribunals in ihrer Gesamtheit. Worauf es hierbei wesentlich ankommt, das ist: die höchste Unparteilichkeit der Gesinnung, die vollste Unabhängigkeit des Berufs, die vorsichtigste Besäßigung des Urteils, richterliche Gravität und Autorität in möglichster Vollkommenheit. Diese Eigenschaften sind es aber nicht in erster Reihe, welche bei der Bezeichnung der Präsidentenstellen maßgebend sind und in ihnen entwickelt werden: es sind hier vor Allem vorsichtige Verwaltungskräfte, welche den Ausschlag geben, und die mit dem eigentlichen Rechtsprechern nichts zu thun haben.

Von geringerer praktischer Erheblichkeit scheint uns endlich die letzte prinzipielle Abweichung des Entwurfs von der Verfassung: die Wiedereinführung der Unbeschränktheit des königlichen Begnadigungsrechts auch bezüglich der verurteilten Minister mit dem königlichen Versprechen, die letzteren niemals wieder in den Rath der Krone zu berufen. Weil in England das Haus Braunschweig, als es auf den Thron des Stuarts berufen wurde, auf Grund besonderer Vorgänge durch die Act of Settlement vom Jahre 1701 auf das Begnadigungsrecht zu einem gewissen Theile verzicht leisten mußte, muß es deshalb das preußische Königthum ohne Weiteres auch thue? Aber die ganze Verantwortlichkeit der Minister bleibt illusorisch, wirft man ein, wenn die Minister auf den Schutz der königlichen Gnade für alle Übertretungen der Landesgesetze rechnen können. Wir dachten, nicht bloß die Ministerverantwortlichkeit, auch unser ganzes Strafgesetzbuch und noch manches Andere in un-

serem Lande sähe sehr illusorisch aus, wenn man durchaus bei dem Königthum einen ungerechten Gebrauch des Begnadigungsrechts und seiner anderen Prärogative voraussehen wollte. Gegen frivole, von Parteiheit und Parteidiensthaft erzeugte Anklagen werden die preußischen Könige ihre Minister immer zu schützen wissen. Gegen gerechte Anklagen, gegen wirklich rechtsbrüchige Minister sind unsere Könige — die Geschichte beweist es — unter dem absoluten Regime stets ohne Nachsicht und ohne Gnade gewesen.

Der vorliegende Entwurf der Staatsregierung, das ist bereits jetzt gewiß, wird die Zustimmung des Abgeordnetenhauses nicht erlangen. Im Sinne der verfassungsmäßigen Grundsätze amandirt, würde er, das ist eben so gewiß, unter allen Umständen, selbst wenn die Regierung nachgäbe, vom Herrenhause verworfen werden. Und endlich scheint es uns gewiß, wird man überhaupt niemals bei uns aus dem Dilemma herauskommen, entweder durch das Institut der Ministerverantwortlichkeit die Minister, gegen alle monarchischen Grundsätze, der Parteidiensthaft der Volksvertretung unbedingt zu unterwerfen, oder ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz ohne alle praktische Bedeutung hervorzubringen, wenn man sich nicht entschließe, der ganzen Frage auf den Grund zu geben. Der Grund aber liegt einfach in der bishertigen Neberspannung der staatlichen Zentralisation, in dem maßlosen Übergewicht der Zentralverwaltungsbüroden über alle unteren Organe, in den zu großen Machtbefugnissen der Ministerien und der Minister. Man schränke diese Machtbefugnisse im Wege der Dezentralisation ein, man kräftige die Gerichtshöfe des Landes und stärke die Selbständigkeit der Unterbehörden, man entziehe die Staatsanwaltschaft und die Strafgerichtsbarkeit der Diskretion der Justizminister, — man gründe die Selbstverwaltung der Gemeinden auf feste Unterlagen: dann wird die Frage der Ministerverantwortlichkeit die meisten Schwierigkeiten ihrer Lösung und den größten Theil ihrer praktischen Bedeutung von selbst verlieren.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 7. Februar. [Die mexikanische Angelegenheit und der Wiener Hof, das kombinierte Manöver Oestreichs und der Würzburger.] Das aus Paris verkündete Projekt, in Mexiko einen Thron zu gründen und denselben dem Erzherzog Ferdinand Max von Oestreich zu verleihen, ist lange selbst von Wiener Blättern als ein hirnverbrannter Einfall behandelt worden. (S. noch unten den Artikel der Wiener Presse.) Natürlicher Weise mußte man es abenteuerlich finden, daß der Kaiser der Franzosen sich damit beschäftigt, Staatsumwälzungen jenseits des Ozeans zu bewirken, um einem Prinzen des Hauses Habsburg eine Krone anzubieten. Andererseits konnte man in dem angedeuteten Plan, die Sekundogenitur in Mexiko als ein Taufmittel für Venetien zu betrachten, noch viel weniger eine Kombination erkennen, welche auf die Zustimmung des Wiener Hofes hofft hätte. Jetzt erhält man über den Gang der Sache einige nähere Mittheilungen. Das Projekt ist allerdings in den Tüllieren entstanden. Von Seiten Englands ist dagegen kein Einspruch erhoben, falls die Bevölkerung Mexiko's sich für monarchische Institutionen und eine Dynastie von habsburgischem Stämme erklären sollte. Selbstverständlich ist Napoleon III. mit der Vorbereitung und Handhabung von Volksabstimmungen viel zu sehr vertraut, als daß er ein solches Ergebnis in Zweifel ziehen könnte. Es handelt sich daher in letzter Zeit nur noch um die Einwilligung des Wiener Hofes. Die Auslassungen der offiziösen Organe des Wiener Cabinets beschränkten sich darauf, jeden Zusammenhang zwischen den mexikanischen Angelegenheiten und dem österreichischen Bestandtheile jenseit der Alpen in Abrede zu stellen. Darin liegt keineswegs eine Ablehnung der eventuellen Krone Mexiko's. In der That will man hier bestimmt wissen, daß der Wiener Hof sich geneigt erklärt hat, auf die Pläne Napoleons in Betreff Mexiko's einzugeben, falls damit keine für Oestreich lästige Bedingung verbunden ist.

Der zwischen Oestreich und den Würzburgern verabredete Feldzug gegen Preußen ist eröffnet. Die bisher verbreiteten Vermuthungen und Angaben über die ersten Schritte der Altpiraten sind ungenau. Noch haben sich nicht alle Anhänger der großdeutschen Politik zu einer gemeinsamen Maßregel vereinigt, und Dr. v. Beust ist nicht als Organ desselben aufgetreten. Zunächst sind nur Oestreich, Bayern, Württemberg, Hannover, Nassau und Hessen-Darmstadt mit einer gleichlautenden Erklärung vorgerückt, welche gegen die vom Grafen Bernstorff in seiner Antwort auf die Beust'schen Vorstellungen entwickelten Gedanken zu Felde zieht und namentlich die Anwendbarkeit des Artikels 11 der Bundesakte (freie Vereinbarung zu Zwecken, die der Bestimmung des Bundes nicht zu widerlaufen) auf Bildung eines Bundesstaates innerhalb des weiteren Bundes bestreitet. Uebrigens erklären sich die genannten Regelungen für eine Bundesreform mit zentraler Exekutivewalt und Bundesparlament, aus Abgeordneten der Einzellandtage gebildet. Es war vorauszusehen, daß Oestreich sich sofort für irgend einen Entwurf der Bundesreform aussprechen würde, wenn es die Gewissheit hat, daß derselbe von Preußen bekämpft wird. Dr. v. Beust hat für Sachsen eine besondere Rückantwort ertheilt, welche im Wesentlichen sein früheres Programm den preußischen Ideen gegenüber stellt.

[Berlin, 6. Februar. (Vom Hofe; der Herzog von Gotha; Verschiedenes.) Gestern Abend waren alle Prinzen und Prinzessinnen des Königshauses, mit Ausnahme der Kronprinzessin und des Prinzen Albrecht, der auf seiner Villa bei Dresden verweilt, im k. Schlosse versammelt und wohnten der Cour und dem Hofballe bei. Die Majestäten verliehen fast gleichzeitig die glänzende Gesellschaft und ihnen folgten auch bald

(1½ Sgr. für die fünfgeschwerte Zeile oder deren Raum; Reklame in verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags an-

genommen.

die übrigen hohen Herrschaften. — Der König ließ heute Morgens, kurz vor Abgang des Bahnhuges, seine Theilnahme an der Jagd in der Kunersdorfer Forst ablegen und fuhr nur der Prinz Karl und der Prinz August von Württemberg mit dem Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, dem Oberjägermeister Grafen v. Asseburg, dem Kriegsminister v. Noon, dem russischen Militärbevollmächtigten General Grafen Adlerberg etc. dorthin. Der König nahm Vormittags die Vorträge des Vertreters des Polizeipräsidiums, v. Winter, des Generalintendanten v. Hülsen, des Geheimrathes v. Obstfelder etc. entgegen und ertheilte alsdann einige Audienzen. Mittags empfing der König den Besuch des Herzogs von Gotha, welcher hier eingetroffen ist, um sich an unserem Hofe vor seiner längeren Reise nach dem Orient zu verabschieden. Um 5 Uhr speisten die Majestäten mit dem hohen Gaste im kronprinzlichen Palais, woselbst er auch für die Dauer seines Aufenthaltes an unserm Hofe Wohnung genommen hat. Heute Abend wird der ganze Hof mit dem Herzog von Gotha auf dem Ballfeste des Grafen Bernstorff erscheinen; geladen sind außerdem die Gesandten, die Gesandtschaftsschreiber, die Minister, die Präsidenten beider Häuser des Landtags, die Hochherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin hat sich heute nach Schwerin zurückgegeben und wird dort am 23. ihren 59. Geburtstag feiern. Wie ich höre, kommt die hohe Frau in einiger Zeit zugleich mit ihrem Sohne, dem Großherzog, wieder an unseren Hof. — Die Hoffestlichkeiten dauern bis zum 4. März. Am nächsten Donnerstag sollen im k. Palais die lebenden Bilder gestellt werden. — Der Hausherr ist in Folge einer Erkrankung unpaßlich und konnte darum heute auch nicht an der Jagd teilnehmen. Der Staatsminister v. Auerswald kann noch keine Besuche annehmen. — Die Fahrgäste, welche gestern von Burg aus hierher zurückkehrten mußten, weil die Wasserflutnere dort die Bahn zerstört hatten, haben ihr Fahrgeld nach Abzug des Beitrages für die Bahnstrecke Berlin-Burg zurückgehalten. Die Anhalter Bahn hat seit gestern sehr starke Böege, da ihr jetzt der ganze Personen- und Güterverkehr zufällt. — Die Vorsteher der sämmtlichen Mennonitengemeinden in Preußen, Gisbert Penner, Johannes Toevens und Johannes Wiebe, welche, wie gemeldet, hier den Schutz des Königs gegen den Antrag des Abg. Lieb, die Militärpflichtigkeit der Mennoniten betreffend, nachgesucht haben, sind wieder abgereist, nachdem sie zuvor den Minister v. Bethmann-Hollweg und Grafen Schwerin und einigen Landtagssmitgliedern ihre Besuche gemacht hatten. Dem Vernehmen nach sind den Gemeinden, die sich schon zu einer massiven Auswanderung rüsten, beruhigende Zusicherungen gemacht worden.

[Erklärung des Grafen Bernstorff in Betreff der kurhessischen Frage.] Die „A. P. Z.“ ist in der Lage, die Erklärung, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Bernstorff, in der Kommissionierung des Abgeordnetenhauses vom 3. Februar in Betreff der kurhessischen Frage abgegeben hat, ihren Lesern nach ihrem Wortlaut mitzutheilen. Der Minister äußerte folgendes:

Ich habe nur eine kurze Erklärung abzugeben: Die Regierung hält an dem Standpunkt fest, welcher durch die Erklärungen des Freiherrn v. Schleinitz im April 1860 bei Gelegenheit des Antrages des Freiherrn v. Vincke und im Februar 1861 bei Gelegenheit der Abg.-Debatte genau bezeichnet worden ist. Dieser Standpunkt beruht auf der Überzeugung, daß durch die Mitwirkung des Bundes zur Abschaffung der bestehenden und zur Einführung einer neuen Verfassung in den Beschlüssen vom 23. März 1852 und 24. März 1860 die Kompetenz des Bundes übertritten worden ist. Die preußische Regierung hat sich daher gegen den ihrer Ansicht nach unberechtigten Bundesbeschluß ausdrücklich verwahrt und der damalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat auch in der Kammer erklärt, daß Preußen eine auf dienen oder einen ähnlichen Beschluß gegründete materielle Aktion des Bundes nicht zu dulden im Stande sei würde. Ich kann dies nur wiederholen. Für Preußen liegt der Schwerpunkt der Angelegenheit, wie damals ausgesprochen, in dieser Beziehung zum Bundesrecht. Aber auch dem besondern Interesse des Nachbarlandes widmet die preußische Regierung die aufdringliche Teilnahme. Aus der Überzeugung, daß die Verfassung von 1831 nicht auf rechts gültige Weise aufgehoben ist, also noch zu Recht besteht, folgt, daß dieselbe, natürlich erst nach Ausscheidung der bundeswidrigen Bestandtheile, auch wieder in Wirklichkeit gezeigt werden muß. Die Regierung erkennt es daher auch als ihre Aufgabe an, hierauf mit allen ihr zu Gebote stehenden geeigneten und zulässigen Mitteln hinzuwirken. Welche Mittel aber als geeignet, und zulässig zu bezeichnen sind, und auf welchem Wege sie glaubt, das eben bezeichnete Ziel erreichen zu können, das muß sie ihrer eigenen Beurtheilung vorbehalten, und sie kann diese Mittel und Wege, so wie die verschiedenen möglichen Eventualitäten um so weniger jetzt diskutieren, als durch den badischen Antrag die ganze Angelegenheit wieder zu einer am Bundestag schwelenden Frage geworden ist. Ich bitte Sie, meine Herren, das Vertrauen zu hegen, daß die Regierung unter allen Umständen das Recht und das Interesse des preußischen Staats im Auge behalten wird. Sie hat auch der kurhessischen Regierung nicht verhehlt, daß Umstände eintreten könnten, wo durch die Gefährdung des letzteren die Frage für Preußen auftreten würde, eine innere Angelegenheit Kurhessens zu sein. Dies ist der Standpunkt der Regierung, den sie unter allen Umständen festhalten wird. In den beiden eingebrachten Anträgen kann sie nur die Absicht erkennen, ihren Standpunkt in der Sache zu unterstreichen, wie es hier auch ausgesprochen worden ist. Dieser Absicht scheint ihr indeß der Antrag der Abg. Bürgers und v. Sängers mehr zu entsprechen, als der des Abg. Dr. Birchow, welcher in Form und Inhalt über den Zweck hinausgeht.

Die „A. P. Z.“ fügt dieser Erklärung hinzu: Wenn in der vorstehenden Erklärung von einer „Ausscheidung der bundeswidrigen Bestandtheile“ der Verfassung von 1831 gesprochen wird, so wird die Ansicht des Ministers hierbei selbstverständlich dahin interpretiert werden müssen, daß eine Ausscheidung übereinstimmend mit dem Art. 56 der Wiener Schlussette, auf verfassungsmäßigem Wege zu geschehen habe, also nicht auf einseitigen Beschluß des Bundes, sondern vermittelt einer Verständigung zwischen der kurfürstlich hessischen Regierung und der auf Grund der rechtlich allein existierenden Verfassung provisorisch berufenen Landesvertretung.

Bonn, 5. Febr. [Bestrafung.] Wegen schändlichen Missbrauchs von Kindern wurde, nach der „Westl. Z.“, am Sonnabend der Pfarrer Lauffs von Metternich, 57 Jahre alt, von den hiesigen Amtssen zu 3 Jahren Buchhausstrafe etc. verurtheilt.

Oestreich. Wien, 6. Febr. [Die mexikanische Angelegenheit.] Die „Presse“ äußert sich in einem ihrer letzten Blätter über den ihr sehr abenteuerlich erscheinenden Gedanken, einem dem Throne zunächst stehenden österreichischen Prinzen die noch gar nicht vorhandene Krone von Mexiko anzubieten, unter Anderem folgendermaßen: „Die Politik, welche einen Grafen von Parma schafft, kann am Ende auch die Krone des von Anarchie zerrissenen Landes des Huglipugli und Popokatepell an den Meistbietenden verauktionieren. Demnach an Gold und Silber derzeit so armen Oestreich bietet der Kaiser der Franzosen die Herrschaft über das an edlen Metallen reichste Land der Welt an, über das Land der unerhörlichen Silber- und Goldgruben von Guanajuato, San Luis Potosi, Zacatecas und Chihuahua, welche bei irgend zweckmäßiger Ausbeute jährlich für 50 Millionen Gulden Gold und Silber liefern sollen. Liegt in dem Anbot einer solchen Krone nicht Humor? Freilich ist dieser vulkanische Boden von Mexico ein schlechtes Fundament für einen Thron, aber die Aussicht, über die Nachkommen der Azteken zu herrschen und aus den halbnackten kupferbraunen Horden der mexikanischen Indier ein Heer zu rekrutiren, ist romantisch und verlockend genug. Soviel scheint jetzt gewiß, die mexikanische Krone ist vom Kaiser der Franzosen dem Erzherzog Max angeboten worden. Die „Wiener Korrespondenz“ und mit ihr übereinstimmend das „Vaterland“ versichern, daß es damit seine Nichtigkeit habe. Sie fügen aber hinzu, daß das österreichische Kabinett sich in der Sache „völlig passiv verhalte“, und daß von eigentlichen Unterhandlungen nicht die Rede sein könne. Hieraus sagen „W. C.“ und „Vt.“, erklärt sich auch das beharrliche Schweigen des Wiener Kabinetts über die Sache, welche es gar nicht als seiner Rognition unterstellt betrachtet, gleichwie es auch für die Folge gar nicht geneigt scheint, seinerseits Veranlassung zu geben, die Angelegenheit aus dem Stadium vertraulicher und privater Korrespondenz zwischen den zunächst betheiligten beiden hohen Personen auf das Terrain diplomatischer Verhandlungen hinüberzuleiten.“ Mit nicht weniger Bestimmtheit hören wir versichern, daß die Meinung, es sei von der in dieser Sache vielgenannten hohen Person irgend ein Anlaß gegeben worden, ihr diese transatlantische Krone anzubieten, eine ganz irrite und unbegründete ist. Auch glauben wir, daß das „Vaterland“ ganz gut unterrichtet ist, wenn es mittheilt, daß Erzherzog Max seinerseits den Schritt des Kaisers der Franzosen in keiner Weise bereits erwidert habe. Aber wir meinen, daß es klüger gewesen wäre, gleich aktiv vorzugehen und dem Kaiser der Franzosen von vornherein jede Hoffnung auf die Möglichkeit der Annahme seines Anerbietens zu nehmen. Diese wunderbare „völlige passive Haltung“ hat bereits die eine Wirkung, daß ganz Europa den Namen eines Prinzen des österreichischen Kaiserhauses mit dem mexikanischen Abenteuer in Verbindung bringt, und daß alle Welt benachrichtigt wird, die mexikanische Frage sei nur das Vorspiel der venetianischen, und es sei Aussicht vorhanden, daß Oestreich Huglipugli für das Festungsviertel eintaucht. Rehnlich sprechen auch die „Ostd. Post“ und andere österreichische Blätter sich über das mexikanische Projekt aus.

Hessen. Kassel, 6. Februar. [Dementi; zur Presse.] Die „Kass. Z.“ enthält folgendes: „Der „Deutschen Allg. Ztg.“ und anderen Blättern zufolge soll Preußen nach der letzten Auflösung der Zweiten Kammer in Kurhessen der kurfürstlichen Regierung erklär haben, daß Preußen sie für den Fall des Ausbruchs von Unruhen weder materiell, noch moralisch unterstützen und daß es eine solche Unterstützung auch von anderer Seite nicht dulden werde. Wir können indeß mit Bestimmtheit diese Nachricht als eine Unwahrheit bezeichnen.“ — In Folge Beschlusses kurfürstlichen Ministeriums des Innern, der in Übereinstimmung mit dem Justizministerium ergangen ist, haben die betreffenden Bestimmungen der Verordnung vom 19. Dezember 1854, daß Preußen betreffend, die Auslegung erfahren, daß Beleidigung und Unterdrückungen von Zeitungen nicht durch den Ausspruch der Gerichte, sondern durch die Provinzialregierungen, also Verwaltungsbehörden, auszusprechen sind. Eine deshalbige Anklage wird also in Zukunft nicht von der Staatsprokuratur zu erheben sein, sondern die Polizei wird die in Beschlag zu nehmenden Blätter zu der Regierung abgeben, bei welcher dann der Direktor allein beschließende, die übrigen Mitglieder nur berathende Stimme haben.

Darmstadt, 6. Februar. [Verurtheilung.] Gestern ist der Giftmordprozeß gegen den Buchdruckereibesitzer Jakobi, der hier das größte Aufsehen erregt hatte, beendet worden. Jakobi war angeklagt, am 3. August v. J. seine Cheftau durch Arsenik vergiftet zu haben. Seine Schuld wurde durch die Verhandlung unzweifelhaft dargelegt; er hatte die Absicht, ein junges Mädchen, das in seinem Nachbarhause gedient hatte und mit der er auch nach ihrem Fortgang aus Darmstadt Verbindungen unterhalten hatte, zu heitern und schaffte deshalb seine Frau aus dem Wege. Die Geschworenen erklärten ihn einstimmig für schuldig und der Gerichtshof verurteilte ihn zum Tode.

Nassau. Wiesbaden, 6. Febr. [Militärisches.] Die Uniformirung unseres Militärs erleidet eine vollständige Umwandlung. Während sie in den Jahren 1849 und 1850 mit schweren Kosten im preußischen Styl eingerichtet worden ist, wird dieselbe gegenwärtig in das österreichische umgeformt. Der Helm muß dem Käppi weichen, und so mit Grazie in infinitum weiter. Auch soll die Errichtung eines neuen Jägerbataillons in Aussicht stehen. Der General v. Hadeler und der General Hergenhahn, Legterer Chef des Kriegsdepartements, Ersterer im Generalkommando, haben unter Berufung auf die fünfzigjährige Dienstzeit, welche sie zurückgelegt, „aus Gesundheitsrücksichten“ ihre Entlassung nachgefordert. Man bringt die Gleichzeitigkeit dieses Schrittes mit jenen Neuerungen in Zusammenhang und wünscht, daß diejenige Person, welche zu den Belastungen des Budgets räth, auch dem Lande gegenüber, durch Übernahme des Postens eines Kriegsministers, die rechtliche und finanzielle Verantwortlichkeit dafür übernehme. Das Budget für 1856 zeigt für die bewaffnete Macht des Herzogthums einen Gesamt-Ausgabeposten von 1,060,236 Fl., während sämtliche „Steuergesäße“ zusammen nur 1,117,171 Fl. betragen. Kommt das neue Jägerbataillon dazu, so werden wohl die Steuergesäße allein von dem Militärbudget aufgezehrt. Während nun bei den Ausgaben zu Militärzwecken eine solche Freigiebigkeit herrscht, versichert die Regierung den Landständen, welche Trennung der Justiz und Verwaltung verlangen, daß Land sei zu arm, um die Kosten dieser Reform tragen zu können. Dazu kommt, daß, wie auf dem Landtag nachgewiesen wurde, Justiz und Verwaltung zur Zeit

der Trennung nicht nur besser, sondern auch billiger waren, als seit der Wiedervereinigung im Jahre 1854. (K. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 5. Febr. [Die mexikanische Frage.] Die Palmerstonschen Blätter, „Post“ und „Globe“, wünschen, um ihren eigenen Ausdruck zu gebrauchen, „der zivilisierten Welt Glück zu dem kräftigen Charakter, den die alliierte mexikanische Intervention angenommen hat“. Die „Post“ schreibt: „Die faktischen Träger politischer Macht in Mexiko sind weniger besser als ein organisirter Verein rivalisirender Strahenkäuber, und die Mexikaner selbst, die spanischen, wie die indischen Ursprungs, baten um Erlösung von ihnen. Es ist klar, daß ein republikanisches Regierungssystem für das Interesse aller Klassen ungeeignet ist, und die herrschende Rasse im Lande ist von jenem spanischen Geblüt, welches fast immer dem Prinzip der monarchischen Regierung ergeben war. Da die Treulosigkeit, mit der die jetzigen Behörden Verträge und Völkerrecht verlegen, sie in Krieg mit England, Frankreich und Spanien verwickelt hat, so wird es einfacher Gegenstand der Politik und Verabredung zwischen den Alliierten, wie weit sie ihre Intervention ausdehnen wollen. Wir vernehmen nun, daß die Höfe von Paris und Madrid (mit der Zustimmung Großbritanniens) den Beschluss gefaßt haben, ihre Heere direkt von Vera-Cruz nach der Hauptstadt Mexiko marschiren zu lassen und die dortige Exekutive, deren Treulosigkeit gegen die europäischen Mächte noch von ihrer Tyrannie über ihre Mitbürger übertrifft wird, zu unterdrücken. Wir selbst, so glauben wir, werden unsere militärische Mitwirkung darauf beschränken, daß ein starkes britisches Geschwader im Meerbusen von Mexiko liegen und daß eine Abtheilung von 700 britischen Marinesoldaten, so lange die gesunde Jahreszeit an der Küste dauert, das Fort St. J. D'Ulloa bezeugt halten wird. Mit dem Eintreten der ungesunden Jahreszeit wird sie durch acclimatirte Truppen aus Kuba ersetzt werden. Wir halten es für eine wahrscheinliche Folge dieses Marsches der Alliierten gegen Mexiko, daß diese unglückliche und zerrüttete Republik in Gestalt einer konstitutionellen Monarchie wieder vor die Welt treten und daß der Erzherzog Maximilian der Bruder des österreichischen Kaisers Franz Joseph, den Titel König von Mexiko annehmen wird. Wir glauben, der Erzherzog Maximilian ist sowohl vermöge seiner Abstammung wie seines Charakters genau der Fürst, wie die Mexikaner einen wünschen. Er ist, wie man hört, ein liberaler Katholik und neigt in politischer Beziehung zu den weisen und gemäßigten Katholiken seines gewigten Schwiegervaters, des Königs der Belgier. Ein solcher Monarch paßt gewiß für ein katholisches Volk, das frei zu sein wünscht. Er ist überdies der direkte Nachkomme Kaiser Karls V., der König von Spanien und Indien war, und von Ferdinand und Isabella, den Gründern der transatlantischen Besitzungen Spaniens.“ Die „Post“ schließt mit Erwartung von Ruhe, Glück und Frieden. „Daily News“ und „Herald“ äußern ihre Bedenken; der „Herald“ spricht sogar von einer „kolossal Thorheit“.

— [Deutsche und englische Fabrikate.] Der von Roebuck gemachten Bemerkung, die von der „Times“ mit größerem Nachdruck wiederholt wurde, daß Sheffield in der allgemeinen Industrieausstellung Deutschland gegenüber den Kürzeren ziehen werde, tritt der Messerschmiedemeister von Sheffield, George Wilkinson, entgegen. Roebucks Angabe bemerkt er in einem Briebe an die „Times“, beziehe sich nicht auf die alten Sheffielder Artikel, sondern bloß auf schwere Guß- und Stahlwaren; wenn er von jenen und von Stahlwaren im Allgemeinen spreche, beweise er nur daß er von dem Stande der Sheffielder Fabrikation nichts verstehe, und wenn diese auf der Ausstellung nicht so glänzend, als der Fall sein mühte, vertreten sein sollte, so werde das daher röhren, weil viele der ersten Häuser, denen man den Raum gar zu arg beschränkt habe, ihre Fabrikate auszustellen sich weigerten. Sheffield habe seit der Ausstellung von 1851 gewaltige Fortschritte gemacht, freilich fabrizirte es auch untergeordnete Ware, wie sie für wohlfeile Märkte nothwendig sei, doch darüber sei von den besseren Fabrikanten keine Beichtweide vernommen worden, wohl aber über die abschauliche Praxis ausländischer Fabrikanten, die ihrer schlechten Ware den Sheffielder Stempel aufdrücken, um sie als Sheffielder Fabrikat zu verkaufen. Schließlich versichert der Einsender, in Stahl, Messerschmiedewaren, Sägen, Feilen, Fabrikaten aus Britaniameßtal und Silber, so wie in allen sonstigen spezifischen Sheffielder Erzeugnissen, habe Sheffield durchaus keine Konkurrenz zu befürchten.

— [„Tuscarora“ und „Nashville“.] Das amerikanische Schiff „Tuscarora“, welches sich seit dem 8. Januar in den britischen Gewässern befand, um des konsöderirten Dampfers „Nashville“ habhaft zu werden, lag gestern gegen Abend noch auf der Rhede von Cowes, hatte aber gehiebt. Die 24 stündige Frist, welche die „Tuscarora“ verstreichen lassen mußte, ehe sie der beaufsichtigten Beute nacheilen durfte, war gestern Nachmittags um 5 Uhr abgelaufen, und um diese Zeit lag wahrscheinlich schon eine Wasserstrecke von 200 Seemeilen zwischen den beiden Fahrzeugen. Als der Bootse, welcher dem „Nashville“ das Geleit in die offene See gab sich von dem Befehlhaber des Schiffes, Kapitän Pegram, verabschiedete, sagte dieser ihm, er möge die Offiziere der „Tuscarora“ grüßen und ihnen sagen, daß, wenn sie mit ihrem Schiffe 16½ Knoten per Stunde zurücklegen könnten, so möchten sie immerhin Jagd auf ihn machen; könnten sie dies aber nicht, so würden sie besser daran thun, sich die Mühe zu ersparen.

London, 6. Februar. [Teleg.] In der Nachsitzung des Oberhauses billigte Lord Derby in der Adressdebatte die Politik der Regierung in der amerikanischen Angelegenheit. Lord Russell sagte, daß England den Mexikanern die Wahl einer Regierung überlassen und daß Frankreich die Konvention halten werde. Die Adresse wurde hierauf angenommen. — Im Unterhause billigte Disraeli das Verfahren der Regierung in der amerikanischen Angelegenheit. Lord Palmerston sagte, daß England den Mexikanern keine Regierung aufdringen wolle. Auch hier wurde die Adresse angenommen.

Frankreich.

Paris, 5. Febr. [Preußen und die Bundesreform.] Der „Constitutionnel“ enthält eine gründliche und ausführliche Besprechung der zwischen dem preußischen und dem sächsischen Kabinett in Betreff eines deutschen Bundes-Reform-Projekts ausgefaßten Depeschen. Der Aufsatz des „Constitutionnel“ verdient um so mehr Aufmerksamkeit, als der Verfasser, Eduard Simon, schon seiner Geburt nach, zu den publizistischen Autoritäten der

französischen Presse über deutsche Fragen gezählt wird und seine Artikel wirklich von einem tieferen Einschauen in die deutschen Verhältnisse zeugen, als man gewöhnlich in den französischen Blättern anzutreffen pflegt. Beim Eingang seines Aufsatzes über Preußen und die Bundesreform berichtet der Verfasser die irrthümlichen Kommentare, zu denen die ersten aus indirekten Quellen kommenden Angaben Anlaß geboten hätten. Die Veröffentlichung des Wortlauts beider Depeschen habe nun dargelegt, daß Preußen, weit davon entfernt, seine zurückhaltende Stellung aufzugeben, sich nur darauf beschränkt habe, die Vorschläge des Dresdener Kabinetts zu beantworten, und daß nicht das preußische, sondern das Dresdener Kabinett die Initiative eines neuen diplomatischen Streites ergriffen habe. „Das Auftreten der sächsischen Regierung“, schreibt das französische Blatt, „hat in Deutschland eine gewisse Überraschung herverufen. Es hat im ersten Augenblicke bestreitet, daß ein Kabinett, welches sich bisher einer jeden Aenderung im Bundesvertrage von 1815 so feindlich gezeigt hatte, plötzlich umgeschlagen und einen diametral entgegengesetzten Weg eingeschlagen hat.“ Nach näherer Prüfung erklärt sich der Verfasser diese neue sächsisch-deutsche Politik aus der Unruhe, in welche man in München, Stuttgart, Hannover und Dresden durch den Nationalverein versetzt sei, dessen nationale Tendenzen den Regierungen dieser Staaten für sie besonders und unmittelbar bedrohlich erschienen. Da es ihnen nun nicht gelungen sei, den deutschen Bund zu einer Unterdrückungs-Maßregel gegen den Nationalverein zu vermögen, so hätten sie endlich es für nötig gehalten, das Palliativsystem aufzugeben und die Augen über die Gefahren eines längeren Widerstandes gegen das Reformbedürfnis zu öffnen. Daher der Versuch des Herrn v. Beust, das Werk der Reform selbst in die Hand zu nehmen. Hierauf geht nun der „Constitutionnel“ zur Analyse der Beust'schen Note über und bemerkt, daß das Berliner Kabinett sehr natürlich ein Projekt, dessen offenbarer Zweck eine Modifikation des Bundesvertrages zum Nachteil Preußens sei, zurückgewiesen habe. „Die Antwort des Grafen Bernstorff“, heißt es weiter, entscheidet die Frage von einem sehr erhabenen Gesichtspunkte aus und bestimmt auf das Schärfste das weite Auseinandergehen (divergence) in den Prinzipien.“ Zur Begründung dieses Urtheils läßt nun der Verfasser eine ausführliche Analyse der preußischen Note folgen und präzisiert am Schlusse seines Aufsatzes die wesentlichen Unterscheidungspunkte der preußischen und der sächsischen Note folgendermaßen: „Das Projekt des Herrn v. Beust, Organ der Mittelstaaten, will den gegenwärtigen deutschen Bund in einen Bundesstaat umschaffen, in die Bundesgewalt den Einfluß der Oestreich verbündeten mittelstaatlichen Kabinette einzuführen und so Preußen zu einer immerwährenden untergeordneten Stellung verurtheilen. Graf Bernstorff weist diesen Plan zurück, da er gleichzeitig vom deutschen Gesichtspunkt aus unaufführbar und für die Stellung Preußens als Großmacht wie für das Gleichgewicht Europa's gefährlich ist. Denn durch eine Schwächung Preußens würde ganz Mitteleuropa unter die ausschließliche Herrschaft von Oestreich und Russland fallen. Von dem preußischen Projekte kann man im Gegenthalt behaupten, daß es die Grundlage des von Europa garantirten Bundesvertrages von 1815 unangetastet läßt, daß es die Rechte Oestreichs in Deutschland nicht angreift und den Bevölkerungen der Mittel- und Kleinstaaten, die eine energischere Leitung ihrer gemeinsamen Interessen beanspruchen, Genüge zu leisten bestrebt ist. Das preußische Projekt scheint sich besonders durch das Prinzip des freiwilligen Einverständnisses zwischen den verschiedenen Mächten zu empfehlen, ein Prinzip, welches sich in der Kombination des Hrn. v. Beust durchaus nicht vorfindet. Das ist, wie wir glauben, der Eindruck, den die Lektüre der beiden diplomatischen Aktenstücke in allen verständigen, ernsten Gemüthern hervorzuheben haben wird.“ (A. P. 3.)

— [Tagesnotizen.] Der „Moniteur“ enthält einen langen Bericht des General-Gefüste Directors, General Fleury und zwei nicht minder ausführliche Erklasse für die offizielle Organisation und Reglementation der Pferderennen in ganz Frankreich. Die Presse, welche sich im Jahre 1861 für sämtliche französische Rennen auf mehr als 800,000 Frs. belauschen haben, werden nun mehr in vier Hauptklassen eingeteilt. — Heute ist im gegenwärtigen Körper Gouins Bericht über die von der Regierung beantragte Rentenkonvertitur verlesen und der Besluß gefaßt worden, die Diskussion am nächsten Freitag zu beginnen. — Nach der „Gironde von Bordeaux“ wird der in Perigueux zwischen dem Präsidenten des Gerichtshofes und dem dortigen Advokaten Barreau entstandene Konflikt eine baldige Lösung finden. Jules Favre, Batonnier des Pariser Barreau's, hatte sich, wie seine Kollegen von Perigueux, geweigert, vor dem betreffenden Präsidenten in einer wichtigen Sache (es handelt sich um eine Priesterheirath) zu plaidieren. Er hat sich nun mit dem Präsidenten Saint-Espès Lessot dahin in Gegenwart des Justizministers geeinigt, daß dieser Präsident in feierlicher Sitzung den Advokaten sein Bedauern über das Vorgefallene ausdrückt. Jules Favre wird dann unmittelbar darauf plaidieren. — Nach dem „Mobacher“, einem algerischen Blatte, wird die im Laufe des Dezember unter dem Befehle des Obersten Pein abgegangene Saharaexpedition nächstens wieder in Biskara eintreffen, nachdem sie bis nach El-Hadjira vorgedrungen war. Sie soll mit solcher Umsicht und Sorgfalt ausgeführt werden, daß sie während ihrer ganzen Dauer nicht einen einzigen Kranken hatte. Man legt namentlich auf den moralischen Eindruck großes Gewicht, den diese Unternehmung bis auf die äußersten Bewohner des Suf und selbst auf die jenseit des Wüstenrandes wohnenden Tuaregs hervorgebracht hat. Die Straßen von Timbuktu, sieht ein anderes algerisches Blatt, „La Sepbouse“, diesem Berichte hinzu, „stehen uns jetzt offen, und es hängt nur von uns ab, sie zu betreten. Algerien ist nicht allein mehr eine Kolonie für uns; es wird, sobald wir nur wollen, der Transithafen für Zentralafrika.“ — In Cochinchina hat, wie bereits telegraphisch erwähnt, Admiral Bonard ziemlich große Erfolge errungen. Der „Moniteur“ erwartet das Nächste darüber mit dem nächsten Kurier. Die „Presse“ meldet so viel, daß, nachdem die Vorwerke von Bien Hoa genommen worden, die Pläne nach kräftigstem Widerstande um Kapitulation gebeten habe; Admiral Bonard, der beinahe geföldet worden wäre, wolle auf Hue marschiren; denn nur der Fall dieser Hauptstadt werde eine wirkliche Pazifizierung des Landes zur Folge haben. — Es ist, wie man von gut unterrichteter Seite vernimmt, eine sogenannte „Députation der Notabeln von Venezuela“ in Europa angelangt, um sich mit den Kabinetten von Madrid, Paris und London über die Errichtung eines monarchischen Regiments

mit den benötigten Garantien der Stabilität und des Liberalismus in Verbindung zu setzen. — Herr Slidell, einer der südstaatlichen Kommissare, ist in Paris angekommen und hat bereits zahlreiche Besuche von seinen Landsleuten empfangen. — Die Photographie scheint, nach dem „Mémorial de la Loire“, berufen zu sein, eine nicht unbedeutende Rolle in den Militärexpeditionen zu spielen. In China befanden sich bei dem Generalstab dreißig Photographen, außer denen, welche den einzelnen Corps zugethelt waren. General Lorencez nimmt gleichfalls ein vollständiges Photographen-Personal mit Apparaten von allen möglichen Formen und Dimensionen nach Mexiko mit. Die Anmeldungen von Seiten der expeditiōnslustigen Photographen beließen sich ins Unendliche. Die Auserwählten werden sich dieser Tage gleichzeitig mit einer Abtheilung von Buchdruckern einschiffen.

[Stellung zu Italien; Rentenkonvertirung.] Seit Kurzem hat die Turiner Regierung hier wieder neue Versuche, und zwar in großartigem Maßstabe, gemacht, die französische Presse wärmer für die Einheit Italiens zu stimmen. Es hängen diese Versuche mit der eigenthümlichen Stellung zusammen, welche die französische Regierung seit dem Aufstehen der mexikanischen Angelegenheit, der österreichischen gegenüber angenommen hat. Ganz abgesehen davon, daß beide Regierungen hier eine Annäherung an den Tag legen, die vielleicht im Grunde nur wenig besteht, scheint in der bisherigen Entwicklung der mexikanischen Kombination auch ein piemontesisches Interesse hintenangelegt worden zu sein, denn England war disponirt, einen Prinzen aus dem savoyischen Hause vorzuschlagen. Außerdem liegt die italienische Frage wieder so eigenthümlich, daß der Minister Nicasoli nur noch einen letzten Nachdruck für nothwendig hält. Er soll sich sogar bereits ein Haus in Rom gekauft haben. (?) Die Minister sind hier über die italienische Politik des Kaisers selbst so ungewiß, daß das Gerücht von Walewski's Reuzerung im Senate nicht zufällig gekommen ist. Wenn der Moniteur diesen speziellen Vorfall auch in Abrede stellt, so sind die Menge Versionen, die jetzt über den eigentlichen Stand der Dinge in Umlauf sind, doch nicht hinwegzuleugnen. Baron Nicasoli scheint der französischen Regierung nicht mehr so schroff gegenüberzustehen wie zu Anfang; und so hat auch ein offizielles Organ ableugnen können, daß der französische Einfluß in Turin ihm überhaupt feindlich war. Die Reise des französischen Gesandten Benedetti nach Korfika scheint gleichfalls einen Ruhepunkt in dessen bisherigem Wirken in Turin anzudeuten. — Die Regierung macht die größten Anstrengungen zum Gelingen der Konversion der Rente, ist aber über das Resultat keinesweges ohne Unruhe. Die Inhaber der 4½ prozent. Rente verkaufen nämlich in nicht unansehnlichen Posten ihr Papier und legen das Kapital in Aktien und Obligationen an. Die Ausgleichung oder Soult, wie man hier sagt, die auf 4500 Frs. Rente 7—8000 Frs. betragen soll, scheint vielen Staatsgläubigern doch zu hoch, und so dürfte die Konversion selbst zwar gelingen, aber der Geldvortheil, den die Regierung sich davon versprach, ein bei weitem niedrigerer werden.

[Jean Baptiste Biot], der berühmte Astronom, der, wie bereits kurz erwähnt, vorgestern hier gestorben ist, war im Jahre 1774 in Paris geboren, wurde 1800 zum Professor der Physik am College de France ernannt und drei Jahre später an die Stelle Delambre's zum Mitglied der Akademie gewählt. Er war damals erst 28 Jahre alt, 1804 trat er in das Observatorium ein, wo er, in Gemeinschaft mit Arago, bemerkenswerthe Studien über die refraktäre Gewalt der Gase machte. In diese Epoche fällt auch seine für die Wissenschaft so erfolgreiche Luftfahrt mit Gay-Lussac. Die beiden Gelehrten erreichten eine Höhe von 4000 Meter. 1806 begab er sich mit Arago nach Spanien, um die seit dem Tode Mechain's unterbrochene Ausmessung des Meridians wieder aufzunehmen. Nach verschiedenen wissenschaftlichen Reisen lehrte er definitiv nach Frankreich zurück und wurde zum Professor der physikalischen Astronomie ernannt. Seit 1849 ist er Kommandeur der Ehrenlegion. Unter seinen Werken ist besonders die Geschichte der alten Astronomie, die Lobrede auf Montaigne, eine Notiz über Gay-Lussac und vermischte wissenschaftliche und literarische Beiträge hervorzuheben. Die vorige Sitzung der Akademie, in welcher ein Nachfolger für Geoffroy St. Hilaire gewählt werden sollte, wurde, nachdem der Präsident den Tod Biots, des ältesten Mitgliedes der Akademie, bekannt gemacht hatte, geschlossen.

Italien.

Turin, 3. Febr. [Das Ministerium Nicasoli.] Die Veröffentlichung der im gelben Buch enthaltenen Aktenstücke, auf die in einer großen Anzahl von Städten, wie der Telegraph meldet, täglich neue Manifestationen zu Gunsten eines einzigen Italiens erfolgen, hat die Stellung des Ministeriums in Turin selbst durchaus nicht bestigt und den Erwartungen der hiesigen großen Massen durchaus nicht entsprochen. Namentlich brechen die alten Feindseligkeiten gegen den Baron Nicasoli wieder hervor; man sieht in den jüngsten Enthüllungen eine eigentlich nur höchst dürfte Begründung seiner vielversprechenden Vertheidigung in der Senatsitzung vom 14. Januar: „Vielleicht reisen schon in dem Augenblick, in dem ich zu Ihnen spreche die Geschicke Italiens.“ Man wirft ihm besonders vor, daß er die graufame Wahrheit beschönigt habe, als er über die abschlägige Antwort, die Frankreich seinem Anerbieten als Vermittler zwischen Turin und Rom aufzutreten, ertheilt hatte, diese Zurückweisung damit motivirte, die von ihm gestellten Propositionen seien dem Minister Thouvenel „nicht passend“ (inopportunes) erschienen, während Thouvenel den wahren Grund dieser Zurückweisung: „die Vorschläge des Baron Nicasoli seien „zu radikal“, weit energischer auspricht. Die Stellung des Barons Nicasoli und seines Kabinetts ist nichts weniger als erfreulich. Die vorangegangene Presse ist ihm feindlich gesinnt, die gehägigte zurückhaltend und mißtrauisch, die offizielle schwankend und unsicher.

Spanien.

Madrid, 2. Febr. [Protestantenverfolgung; asiatische Expedition.] Man liest in der „Correspondencia“: „Man meldet, daß eine Kommission mit dem General Alexandri an ihrer Spitze sich von London nach Spanien begeben wolle, um bei der Königin um Gnade für die Verurteilten von Granada zu bitten, welche Propaganda zu Gunsten des Protestantismus machen wollten. Nach dem, was wir vernommen haben, wird die Reise dieser Gesellschaft ganz umsonst sein.“ (?) — Die „Epoca“ hält es für viel vortheilhafter, wenn Spanien für seine Mitwirkung bei der franzö-

sischen Expedition in Cochinchina eine Geldentschädigung statt neuer Besitzungen in Asien erhält.

Rußland und Polen.

Petersburg, 7. Febr. [Teleg. r.] Das „Journal de St. Petersburg“ weiß nach, daß die Finanzlage im Vergleich mit anderen Staaten eine verhältnismäßig günstige sei. Eine natürliche Zunahme der Einnahmen ohne Steuererhöhung sei bald vorzusehen.

Warschau, 5. Febr. [Der neue Erzbischof; Einführung des Stadtpräsidenten; die Saison; Theater etc.] Die „Gazeta Polska“ bringt in einem Briefe aus Petersburg interessantes über die Konsekration des neuen Erzbischofs von Warschau, Felinski. Der Schmerz der dortigen Katholiken über sein Scheiden von ihnen soll groß gewesen sein, denn sie verlieren ein durch Beispiel und Lehre so ausgezeichneten Mann sehr ungern. Alles was ihm bis jetzt vorangegangen ist, berechtigt zu den besten Hoffnungen für den Antritt jenes so wichtigen Amtes. Er soll selbst gesagt haben: „Ich weiß es, daß ich eine große Bürde und schreckliche Verantwortung auf mich nehme, aber nach den Kollektionen dieser Tage habe ich von Gott so glückliche Gedanken und Stimmen empfangen, daß ich, in der Hoffnung, alles werde gut gehen, ruhig und getrost mein Amt antrete.“ Am Tage vor der Feierlichkeit (am 25. v. M.) hatte Felinski Audienz bei dem Kaiser. Der Eid wurde in lateinischer Sprache geleistet. — Die Einführung unsers neuen Stadtpräsidenten Woyda, der selbst mehrere Häuser in Warschau besitzt, also auch Bürger ist, hat bereits durch den Generaldirektor des Innern, Geh. Rath v. Krusenstern, stattgefunden. — Wenn auch unsere polnischen Herrschaften sich noch immer der sogenannten Landesstrauer wegen von allen öffentlichen Lustbarkeiten, von allen Bällen, und größeren Gesellschaften zurückhalten, so finden doch Tanzgesellschaften nicht allein im russischen Militärkasino, sondern auch in Privathäusern statt. Vorigen Sonntag wurde die eigentliche Saison durch einen glänzenden Ball beim Generalgouverneur und Chef des Generalstabes der 1. Armee, Generalleutnant v. Krzyzanowski im Brühlschen Palais eröffnet. Der Ball war ziemlich zahlreich besucht. Diesem sollen nächstens dergleichen Gesellschaften beim Stathalter im königl. Schlosse und bei den andern russischen Notabilitäten folgen. Man ist gespannt darauf, ob sich Polen dabei beteiligen werden. Der Stathalter, Generaladjutant Lüders, ist Wittwer und hat neulich seine Nichte, eine verm. Frau v. Damian, an der preuß. Grenze empfangen, welche aus dem Auslande zurückkehrt; sie soll bei den beabsichtigten Festen die Honneurs machen. — Unser Theater wird noch immer ziemlich stark besucht. Da das Bauerville-Theater vom Militär eingenommen ist, so werden die Vorstellungen durch das Personal des letztern abwechselnd auch im großen Theater gegeben. Kürzlich wurden Deutsche, welche das Theater besucht hatten, beim Nachhausegehen von Polen „fürs Theatergehen“ geohrfeigt, obgleich alle 40—50 Schritte Polizeisoldaten postiert sind. — Der vorigen Herbst in der früheren Hauptstadt von Podlachien, Siedlec, gewählte Stadtrath ist vor einigen Tagen in Wirklichkeit getreten, nachdem er den vorgeschriebenen Eid geleistet hatte. Ein abermaliges Fortschreiten auf dem betretenen Wege der bewilligten Institutionen. (Off. 3.)

Dänemark.

Kopenhagen, 5. Febr. [Aus dem Reichsrath.] In der gestrigen Sitzung des Reichsraths kam das Gesetz, betreffs der Veränderung des §. 57 der Verfassung vom 2. Oktober 1855 zur zweiten Verhandlung. Die Zuhörertribünen waren überfüllt, auch die Diplomatenloge war voller, als gewöhnlich. Um halb fünf Uhr hatten sich noch 4 Redner eingezichtet, so daß der Präsident die Verhandlung abbrechen mußte und die Fortsetzung derselben auf die morgige Sitzung leste. Scherning eröffnete die Debatte mit einem moderaten Angriff von seinem alten idealistischen Standpunkt, er hielt es für möglich, daß die Entwicklung des deutschen Bundes Holsteins bisherige Stellung in der Monarchie unmöglich mache, allein er hielt die Zeit, darin zu entscheiden, noch nicht für gekommen. Er motivierte sein Amendment (ein vermeintlicher Ausweg, der ohne eine Verfassungsveränderung zu sein, doch mittelst einer Veränderung der Geschäftsordnung dieselbe Wirkung erzielen sollte; es sollten nämlich im §. 28 der Geschäftsordnung die Worte „und nehmen an der Abstimmung Theil“, ausfallen, wonach der Paragraph lautet würde: „Kein Besluß kann vom Reichsrath gefaßt werden, wenn nicht mindestens über 40 Mitglieder anwesend sind.“) Der Konseilspräsident Hall wies die Unhaltbarkeit von Schernings Auffassung nach und that dar, daß alle, auch auswärtige, Theile die Sache so, wie die Regierung auffaßten; Professor Clausen sprach für das Gesetz und Kammerherr Helgen erklärte, daß er, wenn er nicht dafür stimme, dies lediglich thue aus Furcht, die befremdeten Mächte möchten Dänemark ihre Unterstützung entziehen, wenn das Gesetz durchginge. Hierauf erklärte Hall, es sei nicht im Geringsten zu fürchten, daß dieselben aus diesem Anlaß Dänemark ihre Unterstützung entziehen sollten, sie betrachteten die Sache vielmehr als eine innere des Reichsraths selbst. Statsrat Grosserer Broberg sprach für das Gesetz und zog sich wie bei der ersten Behandlung den Ladel des Präsidenten durch unpassende Insinuationen gegen politische Gegner zu. Von der Rechten sprach Konferenzrat David mit grossem Pathos gegen das Gesetz, seine Argumente waren jedoch nur schwach und seiner Behauptung, daß es eine unberechtigte Voraussetzung sei, daß eine Grundgesetzveränderung schon früher vorgekommen, trat der Präsident mit großer Stärke entgegen, indem er das Gegentheil konstatierte. Hall trat David entgegen, und namentlich seiner Auseinandersetzung, daß ein mißbräuchliches Nachgeben gegen ein an sich gutes Nationalgefühl Schuld an der Lage der Sache sei. Die Nationalität habe mit der Sache nichts zu thun; trotz der verschiedenen Nationalität hätten Dänen und Holsteiner lange friedlich zusammengearbeitet, und würden es auch fernher können; es handle sich um die Unabhängigkeit des Reiches, welche fremde unberechtigte Einmischung bedrohe, und von diesem Standpunkt sollte man einig zusammenstehen. Es redeten noch Dr. Winther und Hoyer Hage, Ersterer gegen, Letzterer für das Gesetz. — In der heutigen Sitzung sprachen sich bei der fortgesetzten Verhandlung über die Veränderung des §. 57 Tillisch, Scherning, David, Blixen, Hansen gegen den Vorschlag, Hall, Monrad, Krüger, Clausen und Krieger für denselben aus. Monrad erklärt, es sei Thatsache, daß die Gesamtverfassung, was Holstein betreffe, nicht suspendirt, sondern aufgehoben sei. Man halte versucht, dieselbe zu suspendiren, da dies aber

die drohende Exekution nicht abwenden könnte, hatte man sie aufgehoben. Es sei notwendig, daß die gesetzgebende Wirksamkeit unbehindert und ruhig fortschreite. Die holsteinschen Stände hatten Alles verworfen, und nur ein Ziel aufgestellt: Schleswig-Holstein. Er warent dagegen im Traumreiche zu leben; die Verfassungsverhältnisse legten keinen Schatten eines Hindernisses in den Weg, daß Holstein später in die verfassungsmäßige Verbindung wieder aufgenommen werden könnte, wenn die Verhältnisse dies zugeben. Er schloß seine Rede unter starkem Beifall der Zuhörertribüne. Der Vorschlag wurde mit 45 gegen 2 Stimmen zur dritten Beratung überwiesen, nachdem ein Abänderungsvorschlag Scherings mit 45 gegen 3 Stimmen verworfen war. (H. N.)

Amerika.

New York, 21. Jan. [Der Sieg in Kentucky etc.] Die Berichte von dem in Kentucky erfochtene Siege bestätigen sich. Es wütete die Schlacht von 6 Uhr Morgens bis zum Einbruch der Dunkelheit und endete damit, daß die Konföderierten in großer Verwirrung die Flucht nach ihrem Lager ergreiften. Alle ihre Kanonen, Zelte, Vorräthe und Pferde fielen den Siegertruppen in die Hände. Die Südstaaten büßten, wie verlautet, 275 Tote ein, aber auch die Unionisten hatten namhafte Verluste zu beklagen. So verlor das 10. Indiana-Regiment allein 75 Tote und Verwundete. — Einer aus Washington eingelaufenen Depeche zu folge, hatte die Regierung, außer der Bestätigung des obigen Sieges, noch die Meldung erhalten, daß sich die Konföderierten in Auflösung befinden, Alles im Süden lassen und in größter Unordnung auf der Flucht begriffen sind. Diese Berichte hatten in New York große Freude erregt. In den Banken ließ der Metallvorrat, während sie ihr Wechselportefeuille immer mehr einschränkte. Keine der New Yorker Banken wagte sich, ihre Noten in Gold einzulösen. Auf dem Geldmarkt keine Veränderung.

Mexico. — [Miramon.] Den letzten Nachrichten aus Veracruz zufolge hat sich der spanische General Gasset geweigert, den Expräsidenten Miramon in seinem Hauptquartier zu empfangen.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Im Herrenhause befinden sich nun vier Fraktionen. Die Mitglieder verteilen sich nach der „Z. R. C.“ wie folgt: I. Fraktion Armin-Graf: Graf Armin-Boyzenburg, Graf Ballenstrem, v. Borcke, v. Brandt-Baudenbkt., v. Breiden, Graf v. Burgau, Graf zu Dohna-Schlodien, Elwanger, v. Frankenberger-Ludwigsdorf, Frhr. v. Gaffron, v. Gilgenheim, v. Guzmerow, Graf v. Hardenberg, v. Ratte, Graf v. Kielmannsegg, v. Köller, Graf Königsmarck-Diesnitz, Graf v. Krookow, Graf v. Löben, Graf v. Logau-Altdorf, Frhr. v. Münchhausen-Straußfurt, Frhr. v. Münchhausen-Persenroffstedt, Graf v. Oppersdorf, Frhr. v. Paleste, Edler Herr v. Putz, v. Ratzenau, Graf v. Rothkirch-Tracy, Frhr. v. Schlichting, Graf v. d. Schulenburg-Lieberose, Frhr. v. Sobek, Graf zu Solms-Baruth, Graf Taczanowski, Frhr. v. Tschirlich-Reichelt, v. Waldow-Reichenstein, v. Waldow-Steinhöfel, v. Wedell, Frhr. v. Winzingeroe-Knorr, Graf v. Beck-Burkersroda. II. Fraktion Staibl v. Plöß: Graf v. Ahrensleben, v. Armin-Sperrenwald, v. Below, v. Bismarck-Schönhausen, Fürst Blücher von Wahlstatt, Frhr. v. Buddenbrock, Graf v. Cammer, v. Daniels, Graf v. Dohna-Lauk, Fabrikius, v. Glaserapp, Göze, Graf v. Gößen, Graf v. d. Grünen-Reuß, Graf v. d. Grünen-Ponarien, Frhr. v. Hardenberg, v. Hatten, Graf v. Hohenthal, v. Jena, v. Karstedt, v. Kleist-Reipow, v. Klein-Schmenzin, v. Kressig, v. Kunheim, v. Lepel, v. Marwitz, v. Mässow, v. Meding, Frhr. v. Neidenstein, v. Osten, Plöß, v. Puttkammer, v. Neburg, Graf v. Reichenbach-Gösch, v. Römer, Frhr. v. Romberg, Graf v. Schlieffen, v. Schönborn, Graf v. d. Schulenburg-Günden, v. d. Schulenburg, Graf v. Schweinitz, Baron Senfft-Pilsach, Graf Everhard zu Stolberg-Wernigerode, Graf Friedrich zu Stolberg-Wernigerode, Uden, Graf v. Voß-Buch, v. Winterfeld, Frhr. v. Zeditz-Reitkamp. — III. Fraktion Brüggemann: Bauerband, Berndt, Beyer, Frhr. v. d. Brenen, Brüggemann, v. Brünken, Gadenbach, Grimm, Grodeck, Hammers, Hasselbach, Hering, Graf v. Hörden, Jähnigen, Körner, Graf v. Kortzfleisch-Krausnick, Mohring, v. Nellesen, Graf v. Nesselrode-Ehreshofen, Offenberg, Ondreys, Frhr. v. Patow, Herzog v. Ratibor, Graf v. Redenlow, Frhr. v. Rigal, Graf v. Ritterberg, Rummel, Graf v. Schwerin, Stupp, v. Treskow, Zahn, v. Zander. — IV. Fraktion Baumstark: Baumstark, Blome, Bornemann, Brandis, v. Brünneck, Camphausen (Berlin), Camphausen (Köln), v. Carnap, Frhr. v. Diergardt, Graf v. Dyhr, Engelhardt, Engel, v. Farenheid, v. Flemming, Fürst v. Haßfeld, Lauz, Poelmann, v. Rabe, Richter, Richter, Teitlamps, Tschmann, Voigt, Graf York v. Wartenburg.

Haus der Abgeordneten.

— Die Diesterwegsche Interpellation ist neulich von uns schon mitgetheilt worden. Zur Begründung derselben sprach der Abgeordnete, der übrigens sehr schwer zu verstehen, etwa Folgendes: Er wolle für die Richtung des vorregulativischen Unterrichtsystems eintreten, in dessen Zeit auch seine praktische Wirklichkeit falle. Seitdem sei ein finsterer und verderblicher Geist in der Schule eingezogen. Man habe ihm den Vorwurf gemacht, er sei ein Realist und zwar ein unverberührlicher (Heiterkeit). Er sei indeß an der Vorwürfe längst gewöhnt. Weil er beweist, daß es zweckmäßig sei, das Gedächtniß unmündiger Kinder mit abstrakten Glaubenssätze, mit Worten zu füllen, die sie nicht verstehen, habe man sich nicht gescheut, ihm vorzuwerfen, daß er das Christentum aus der Welt schaffen, die Zustände von 1848 herbeiführen wollte. Jetzt, nachdem diese Vorwürfe ähnlich in das größere Publikum geschleudert seien, halte er es für seine Pflicht, ernstlich dagegen zu protestieren. In der vorjährigen Unterrichtskommission seien bereits die der ministeriellen Denkschrift zu Grunde liegenden Berichte zur Sprache gekommen; sie hatten ihn in Erstaunen und in Entrüstung versetzt. Er habe den Minister aufgefordert, sämmtliche Berichte der Kommission mitzuteilen; der Minister habe das verweigert, und die Kommission habe ihn (den Redner) nicht tapfer unterstützt. Nur sei die Denkschrift erschienen in einer für das Publikum speziell bestimmten Zeitschrift; das sei der Grund seiner Interpellation, welche sich gründ auf den wahrhaft zerschmetternden Eindruck, den jene Denkschrift in Schlesien gemacht. Der Redner geht darauf die einzelnen Vorwürfe der Denkschrift durch. Zunächst was das Katechismus angeht. Die sokratische Methode sei durch die Regulativ verdrängt, d. h. der Schule sei ihre Sonne geraubt (Bravo links). Und nun werde dem vorregulativischen Schulwesen vorgeworfen, es sei unpraktisch gewesen, und vorgeworfen werde ihm daß von Leuten, welche selbst das unpraktischste Buch der Welt — den Heidelberger Katechismus — wieder eingeführt hätten! Das System der Regulative befördere den Dogmatismus, lege den Kindern Dogmen vor, die ihnen völlig unzugänglich seien, — Dogmen, welche „bitteren Pillen“ althaben, die man nur dann hinunterbringt, wenn man nicht hineinbeißt (Heiterkeit). Umgekehrt habe das vorregulative System das lebendige Anschauen entwickelt; das Gesetz der Entwicklung sei dessen oberster Grundsatz. Die Regulative dagegen seien der erklärte Feind jedes scharfen Aufsagens. — Ferner sei der Vorwurf ausgesprochen, der frühere Seminarunterricht habe die Seminaristen nicht mit unserer Literatur durch eigene Lektüre bekannt gemacht. Aber die Regulative verbieten ja den künstlichen Lehrern das Lesen der sogenannten Klassiker und ließen ihnen zur Lektüre nur die Traktäthen der Missionsgesellschaften und die Schriften des rauhen Hauses (Gelächter). Der gegenwärtige Kultusminister habe freilich die Konzession gemacht, daß die Seminaristen Goethe's Hermann und Dorothea, allenfalls auch Schillers Tell lesen dürfen; die Iphigenie und Tasso ichieße man noch aus, wobei er jene Herren Kritiker an einen beherzigenswerten Vers der Iphigenie erinnere: „Wohl dem, der seiner Bäter gern gedenkt!“ (Lebhaftes Bravo links!). Die Konzession des gegenwärtigen Ministers sei jedenfalls nur eine sehr schwächer, und da werde man dem früheren System vor, es hätte die Seminaristen nicht mit der Literatur bekannt gemacht (Heiterkeit). Die Denkschrift greife in das stiftliche Bewußtsein der Lehrer verwirrend ein, in ihre Verehrung für so berühmte Männer wie Harnisch u. s. w. prostatire die früheren hochverdienten Pädagogen vor dem großen Publikum. Jedem recht-

schaffenen Menschen aber sei die Verehrung für tüchtige Lehrer und Herz gewünscht. Dadurch würde man die Lehrer wahrhaft in Verzweiflung; hinter sich sähen sie nur Mängel und Schwächen; und vor sich — anderen könnten sie sich doch nicht; die Methode ändere man nicht, wie man einen Rock aus- und anziehe; die Methode sei den Lehrern Fleisch und Blut; „die Methode ist der Mensch.“ Wer Lehrer wird, verzichtet auf alle zeitlichen Güter; was bleibt dem Lehrer, wenn man ihm die Freiheit seines Berufes nimmt? (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn man ihm den Trost des Bewußtseins nimmt, mit Gott für König und Vaterland in Treue wirken zu können? (Bravo links.) Der Redakteur geht dann näher auf die Provinz Schlesien ein, die in pädagogischer Beziehung der Augapfel des Ministers Altenstein gewesen; er erinnert an die Zeit, wo junge begabte Männer nach der Schweiz gelendet worden, um Pestalozzi zu hören; an die Blüthe des Schulwesens bis in die Vierziger Jahre; damals habe unter den Lehrern und Seminaristen eine ungemeine Freiheit des Wirkens, ein unermüdlicher Eifer und eine vollkommene Einigkeit geherrscht. Dies Alles sei unter dem christlichen Staate des Herrn v. Raumer anders geworden. Die geistlichen Konferenzen hätten Zwietracht unter die Lehrer ausgestreut, in ihnen hätte sich Anmaßung und Unwissenheit breit gemacht. Nicht nach der Tüchtigkeit, nur nach der Gläubigkeit habe man bei der Anstellung der Rektoren getragt, in jener frömmelnden Zeit, wo man Pestalozzi's Christentum angezweifelt, dessen verderbliche Nachwirkungen man mit Stumpf und Stiel ausrotten müsse. (Bravo links.) Die Denkschrift greife in eine Zeit zurück, greife eine Zeit an, wo die bedeutsamsten Männer das preußische Unterrichtswesen geleitet hätten, — Niccolovius, Süverin, Kortum, Johannes Schnitz — alle die sollten nun mit Blindheit geschlagen gewesen sein! Ja, die Ehrentrone Friedrich Wilhelm des Dritten greife die Denkschrift an, unter welchem das Schulwesen in einer solchen Blüthe gestanden, daß aus alter Welt Enden Männer nach Preußen gekommen seien, um unsere Schulen sich anzusehen. Wenn der Minister ihm ein Land nenne mit bessarem Volksschulwesen, als Preußen damals gehabt, so wolle er seine Interpellation zurückziehen und den Herrn Minister um Verzeihung bitten. — Es sei ihm ein unerklärbares Rätsel, wie der gegenwärtige Kultusminister eine solche Kritik über einen seiner Vorgänger in die Öffentlichkeit habe bringen können. Es sei dies ein Unrat und werde wohl ein Unrat bleiben, denn welche Kreise könnten sonst die gegenwärtigen Herren Minister von ihren derneligsten Nachfolgern erwarten? (Heiterkeit.) Der Minister sei getäuscht, ob aus Unwissenheit oder irrtümlichen Motiven, wolle er nicht untersuchen. Er hoffe, der selbe werde die Fälscher und Täuscher zur Verantwortung ziehen und ihnen die Strafe zufüllen, die ihnen gehörte. Der Minister möge nur den hiesigen Schulrat Birnbringer und den Seminardirektor Thilo als Zeugen über das frühere System vernehmen; aber er solle das Verhör selbst anstellen, damit er nicht abmarsch von andern getäuscht werde. Er hoffe, der Minister werde den Lehrern ihre Ruhe wiedergeben. (Bravo links.)

Kultusminister v. Bethmann-Hollweg entgegnet darauf: „Ich werde mich streng an die Interpellation halten und dem Interpellanten nicht auf das weite Gebiet folgen, auf dem er sich bewegt hat. Am 21. Mai 1860 beschloß dies Haus, sämtliche, damals für und wider die Regulativen eingegangenen Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und dabei erkannte es den Erlaß der Regulativen als nicht verfassungswidrig an, äußerte Bedenken über die große Häufung des religiösen Memoirtresses und sprach die Erwartung auf ein bald vorzulegendes Volkschulgesetz aus. — eine Erwartung, die hoffentlich noch im Laufe dieser Session in Erfüllung gehen wird. Ich glaube, jede Berücksichtigung nicht besser eintreten lassen zu können, als indem ich durch einen Erlass vom 3. Sept. desselben Jahres sämtliche Schulbehörden auffordere, über den gegenwärtigen Stand der Elementarrichtlinien und des Unterrichtswesens zu berichten und zwar in der bestimmten Richtung, die der Beschluss des Hauses vorgeschrieben hatte. Dabei wurde natürlich auch darauf Rücksicht genommen, welche Änderungen in neuerer Zeit in Folge der Regulativen eingetreten seien. Nachdem die Berichte sämtlich eingegangen waren, gewann ich die Überzeugung, daß schon im Wege der Verwaltung einigen Beschwerden abgeholfen werden könne, und gründete darauf den Erlass vom 16. Febr. 1861. Ich hatte die Genehmigung, daß die Unterrichtskommission dieser Anzahl beitrat. Die eingegangenen Berichte enthielten aber ein so reichhaltiges Material für die Geschichte des Elementarwesens, daß ich, abweichend von der sonst bei uns üblichen Weise, die Veröffentlichung dieser Berichte, wenigstens in ihren Hauptresultaten für angemessen hielt. Ich ließ die Hauptresultate dieser Berichte in einer Denkschrift zusammenstellen und muß dabei bemerken, daß diese Denkschrift kaum etwas mit Angehörigen enthält; es sind Thatsachen und Urtheile der Provinzialbehörden, mit denen dem gesammelten Publikum die Möglichkeit verhaftet werden sollte, sich ein eigenes Urtheil über diese Thatsachen zu bilden. Ich muß noch bemerken, daß die eingegangenen Berichte ein ungerechtes, die Plakat verlegendes Urtheil über frühere Regierungen nicht enthalten, am wenigsten ungeheure Urtheile über die Lehrer der früheren Zeit; wohl aber bezogen sie einen für mich erfreulichen Fortschritt in den letzten 20 Jahren. Von einzelnen Personen war darin gar nicht die Rede. Die Denkschrift liegt vor. Zu den Berichten gehört auch der von dem Interpellanten genannte Bericht des Provinzial-Schulkollegiums in Breslau. Dasselbe hat sich seine Aufgabe etwas abweichend von meinem Erlass genommen, es ist auf die Zeit des Ministeriums Ladenberg zurückgegangen, und zwar, weil dieser, mein Amtsvorgänger, schon 1849 in dem dortigen Seminar die Grundzüge durchgeführt hatte, die 4 oder 5 Jahre später in den Regulativen ihren Ausdruck gefunden haben. Das Provinzial-Schulkollegium vergleicht nun diese Zeit und findet von da einen bedeutenden Fortschritt gegen die noch frühere, und das Pestalozzische System gebürt, wie ich bereits früher anerkann habe, namentlich zu diesem Fortschritt; ich habe es nie verleugnet, welche hohe Verdienste Pestalozzi gehabt hat. Wenn nun dieser Bericht Gegenstand von Besprechungen und Angriffen gewesen ist, so ist schon damit der Zweck jener Denkschrift vollkommen erreicht, ich wünschte die öffentliche Diskussion, und indem der Abgeordnete der Berlin Gelegenheit hatte, sich eine Meinung zu bilden, so ist auch darin jener Zweck mit erfüllt. Aber andererseits muß ich erklären, daß die Schrift des Pfarrer Böckle, welche vom Provinzial-Schul-Kollegium selbst zu meiner Kenntnis gebracht ist, mir eine Veranlassung geboten hat, diese Behörde zu einem neuen verantwortlichen Bericht aufzufordern, und daß ich dies auch für die Zukunft nicht thun werde.“ (Beifall von einigen Banken der Rechten.) — Die Interpellation ist damit erledigt.

Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses hat einen 22 Seiten langen Bericht erstattet über mehr als ein Dutzend Petitionen, in denen allen übertheils ganz unbedeutende, theils geradezu unsinnige Anträge irgend welcher Privatpersonen referiert wird. Die Kommission beantragt überall Tagesordnung. Es lohnt sich nicht, die Gegenstände irgend näher zu charakterisiren.

Vokales und Provinzielles.

Posen, 8. Febr. [Zur Grundsteuerregulirung.] Gegenwärtig ist hier die Bezirkskommission für die Grundsteuerregulirung versammelt, um die Reklamationen zu prüfen, welche gegen die von der Kommission erfolgte Festsetzung der Kreissteuer vorliegen. Aus mehreren Kreisen sind Reklamationen gegen die Höhe dieser Tarife eingegangen, die jedoch im Hinblick auf die neuesten Landessteuertaxen, so wie den steigenden Werth des Grundbesitzes und die Höhe der Pachtzinsen wohl schwer zu begründen sein dürften. Durch Hinweis auf die angeblich unverhältnismäßig niedrigen Tarife in der Rheinprovinz, die übrigens die hiesigen Tarife theilweise um mehr als das dreifache übersteigen, wird jedenfalls die Unrichtigkeit der hiesigen Einschätzung allein nicht nachzuweisen sein, wenn schon das Klima und die Entfernung von den Absatzorten bedeutend zum Nachteil der Provinz Posen ins Gewicht fällt. Nebrigens hängt das Resultat ja hauptsächlich von der Bonitierung ab, mit der im Frühjahr begonnen werden soll. Den Sitzungen wohnt der Ministerialkommissar für die Provinzen Brandenburg und Posen, Geh. Rath Ambrooni, bei.

EO — [Kreisversagkommision.] Die diesjährige Mustierung der Militärpflichtigen durch die Kreisversagkommision erfolgt für die Stadt Posen vom 7.—13. Mai, für den Kreis Posen vom 28. April — 6. Mai, für den Kreis Schröda vom 14.—22. Mai. Wir machen bei dieser Gelegenheit das beteiligte Publikum darauf aufmerksam, daß die Reklamationen gegen die Einstellung ins Heer vor den angegebenen Terminen bei der betr. Kreisversagkommision angebracht werden müssen. In unserer Stadt werden diese Eingaben bei dem k. Polizeidirektorium eingereicht; jedoch muß der An-

tragsteller zu dem bezeichneten Termine jedenfalls persönlich erscheinen. Über die Gründe, die zu Reklamationen berechtigen, wollen wir auf §. 56 der Militär-Ersatzinstruktion für die preußischen Staaten vom 9. Dezbr. 1858 hinweisen, nach welcher hauptsächlich nur die durch amtliche Aeste nachgewiesenen einzigen Ernährer hülfsloser Eltern oder Angehörigen, zunächst auf ein Jahr von der Einstellung vom Militärdienst befreit werden.

— [Der Prozeß gegen den Redakteur des „Dienstes polono-łódzki“], Herrn Jagielski, ist nach der „Sp. Z.“ dem Bernhaben nach so weit vorbereitet, daß der öffentlichen Prozedur noch im Laufe dieses Monats entgegengesehen werden kann, nachdem der die Staatsanwaltschaft dabei vertretende Oberstaatsanwalt Graf zur Lippe die Anklageurkunde beim Staatsgerichtshofe schon vor einigen Tagen eingereicht hat und die Anberaumung des Termins bevorsteht. Wie es heißt, wäre die Anklage nicht bloß einfach auf öffentliche Erregung der Gemüther, sondern näher auch auf die Absicht gerichtet, vermittelst jener die Losreisung der Provinz Posen von dem preußischen Staate herbeizuführen.

B — [Naturwissenschaftlicher Verein.] Am Mittwoch hielt Dr. Ball einen Vortrag: „Über die Gewinnung der Seide.“ Der Vortrag zerfiel in einen historischen und einen naturbeschreibenden Theil. Wir geben ein kurzes Resümee in den nachfolgenden Zeilen:

600 Jahre vor Abraham wurde durch Sisling-chi, die Gemahlin des chinesischen Kaisers Hoang-ti, einer der wichtigsten Industriezweige gegründet. Sie pflegte in ihrem Palaste Seidenraupen und verstand schon die Fäden ihrer Kolosse zu Gewändern zu verarbeiten. Fortan war jede Kaiserin zugleich Seidenzüchterin, ein Umstand, welcher die Seidenkultur im Reiche der Mitte der Mitte des 17. Jahrhunderts in zwei feindliche Lager trennte, und die Kaiserin mit ihrem Sohne Joseph, damaligem Könige von Böhmen, entzweite über die Duldung der Jesuiten in den österreichischen Staaten, welcher Streit mit dem Siege des Sohnes über die Ansicht seiner Mutter und der Vertreibung der Jesuiten endete. Das vorliegende Drama will gewissermaßen die gegenwärtigen Zustände im Bilde der vergangenen beleuchten, und Österreich seine gegenwärtige deutsche Aufgabe vorzeichnen. Das Stück ist daher voll von Beziehungen auf die Gegenwart und politischen, die deutsche Sache betreffenden Apostrophen. (Der Vf. des Stücks sieht die forciert tendenziöse Richtung gar zu sehr!) Es folgen in dem Stück eine Reihe effektvoller Scenen, die auch bei der Darstellung ihre Wirkung nicht verfehlten. Die Sprache des Stücks ist eher nachlässig und derb, als gewählt. Unter den Darstellenden müssen wir hervorheben: Fr. Müller als Kaiserin Maria Theresa, Fr. Siegrist als König Joseph, Frau Wisoky als Gräfin Kolloredo, namentlich aber Herr Belge als Pater Häbler (Seituten), der sich viele Mühe gab, seine Rolle zu charakterisiren. Im Allgemeinen müssen wir einzelnen Mitgliedern empfehlen, besser zu memorieren und sich einer reineren Aussprache zu beflecken.

Grawicz, 7. Febr. [Kleine Notizen.] Die betagte Einwohnerin Dorothea Jahn von hier, welche von Almosen lebt, fand vor einigen Tagen eine goldene Damenkette. Sie gab dieselbe in der Expedition des Kreisblattes mit den Worten ab: „Ich bin zwar arm, aber ehlich.“ Inzwischen ist der rechtmäßige Besitzer ermittelt, welcher seine Freude und Anerkennung der ehrlichen Alten durch ein angemessenes Kinderlohn befunden. — Der hiesige Verein zur Belebung warmer Suppen für den Winter bewährt auch dieses Mal seine segensreiche Thätigkeit; es werden einen Tag um den andern 200 Portionen Suppe verteilt. Der Magistrat beachtfügt jetzt aus Kommunalmitteln den notorischen Ortsarmen ebenfalls warme Suppen verteilen zu lassen. — Von den städtischen Behörden ist in diesen Tagen ein Geschäft höchstes Orts abgegangen, um Unterstützung zu erlangen, damit die hiesige Realsschule zu einer solchen erster Ordnung erhoben werden könne; möchte dasselbe Berücksichtigung finden.

Nachruf
an den zu Posen am 1. Februar d. I. verstorbene Kaufmann
Herrn L. H. Jacoby.

Ein braves Herz in treuer Brust
hat aufgehört zu schlagen,
Den Mann, dem „Wohlthun“ stets war Lust,
Hat man in's Grab getragen!
Es ist ein heil'res Glück zerstört,
Ist wie ein Traum verflogen.
Es ist vom friedlich traumt Heerd'
Die Freude fortgezogen.
Du Alter Freund, Dein edles Bild
Lebt fort in meinem Herzen,
Dein Angedenken, es wird mild
Verklären meine Schmerzen!
Es sende Trost aus Himmelshöhn
In's wunde Herz der Deinen,
Bis einstens sie Dich wiedersehn,
Die heute um Dich weinen.

Dr. M. U.

Es kann in unserer Zeit, wo so viel Gewicht auf die äußere Erscheinung des Menschen gelegt wird, nicht genug gewürdig werden, und muß unser höchstes Interesse erregen, wenn eine neue Erfindung gemacht, welche so oft für unmöglich gehalten, sich dennoch bewährt, und durch thatächliche Beweise sich selbst Empfehlung verschafft hat. Wir meinen den Haarbalzam von Hutter & Comp. in Berlin, Niederlage bei Herrmann Moegelin in Posen, Breslauerstraße 9, dessen Ruf bereits die Grenzen unseres Vaterlandes überstritten, und auch im Auslande die größte Anerkennung gefunden. Man sagt sich so oft, gäbe es doch ein Mittel, die Reproduktionskraft des Haarwachses wieder herzustellen, die Kopfhaut neu zu beleben; in diesem Balsam ist dieses Mittel entdeckt. Es verhindert nicht allein das Ausfallen, Spalten und Dünnerwerden der Haare, sondern bringt in Wirklichkeit, die gänzlich kahlen Stellen des Kopfes dar, daß sich in kurzer Zeit ein üppiger Haarwuchs entwölft. Zur Befestigung unseres Referates mögen nachfolgende Zeilen dienen:

Durch eine langwierige Krankheit verlor ich meine sämtlichen Kopfhaare der gestalt, daß auch nicht an einer Stelle des Kopfes ein Haar mehr zu sehen war; alle angewandten Mittel blieben ohne Erfolg, und ich gab schon die Hoffnung auf, je wieder mein Haupthaar zu erhalten. Da wurde mir der Haarbalzam von Hutter & Comp. in Berlin dringend empfohlen, daß ich glaubte, einen Versuch machen zu müssen. Ich verwertete 4 Gläser à 1 Thlr. nach Vorschrift, und zu meinem Erstaunen bildete sich auf meinem Kopfe ein wolliger Pfau, welcher sich wirklich bald zu einem jungen Haarwuchs bildete, und nun mein ganzer Kopf mit Haaren bedekt ist. Dankbar verpflichtet fühle ich mich, dieses Mittel zu empfehlen, dessen Wirksamkeit ich hiermit anerkenne.

Mendsbury, den 20. Januar 1861.

F. Jerezubek.

Angekommene Fremde.

Vom 8. Februar.

SCHWARZER ADLER. Kaufmann Schröder aus Stargard und Landsberg Palace aus Dolow.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Głowacki aus Słomczyce, v. Trąpczyński aus Bielawy und v. Miliowski aus Popowice, die Kaufleute Peilhan aus Annaberg, Hebstreit aus Apolda und Schaumburg aus Köln.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Frau Rittergutsbesitzer Stoc aus Tarnewo, Fabrikbesitzer Brzozowski aus Zalenitz, Oberinspektor Laube aus Görlitz, die Landwirthe Büttner und Palm und die Kaufleute Wiens und Apitz aus Berlin, Koller aus Wriezen, Winnery aus Glogau, Silberstein aus Landeburg, Oberwarth aus Wilhelmshütte, Friedmann aus Mainz und Schäfer aus Wesel.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Krystopolski aus Wiechaczyn und Szwantowski aus Görlitz, Frau Rittergutsbesitzer Jaczynski aus Piastki und Generalbevollmächtigter Szmitt aus Gryfino.

(Beilage.)

Notwendiger Verkauf.

Die Witwe des Tischlermeisters Clemens, Johanne Christine geb. Schönsfeld, und den Geschwistern Clemens gehörigen, zu Bromberg, Thornerstraße Nr. 258 und 259 belegten, als Schützenestabt dienten Grundstücke, die als Ganzes betrachtet, auf 5114 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. jedes für sich aber und zwar Nr. 258 auf 2541 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. und Nr. 259 auf 2322 Thlr. 14 Sgr. abgeschäfft sind, zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur eingehenden Taxe, sollen am 19. Juli 1862 Vorm. 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Miet-eigentümer Tischler Gustav Adolf Clemens wird hierzu öffentlich vorgeladen. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgericht anzumelden. Bromberg, den 15. Dezember 1861.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Notwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Samter, I. Abtheilung. Das dem früheren Holzbänder Ferdinand Weigel und dessen Chefrat gehörige Grund- und Wronke Nr. 72/251, zu welchem die so genannte neue Ziegeler und circa 45 Morgen Acker gehören, abgeschäfft auf 5433 Thlr. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur eingehenden Taxe, soll am

9. Juli 1862 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, die Josephine Kantowska, die Emilie und der Theophil Dalkowski, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Anprüchen beim Subhastationsgericht zu melden.

Bekanntmachung.

Um Privaten die Beschaffung von Kiefern-samen zu erleichtern und dadurch die Holzindustrie zu fördern, bin ich höheren Orts ermächtigt, von dem, auf den Darranthalten des Regierungs-bezirks Magdeburg gewonnenen, mit zum Debit überwiesenen Vorrate ein Quantum von 5000 Pfd. für den, Seitens des königl. Finanz-minister festgesetzten Preis von 12 Sgr. pro Pfd. aus freier Hand erfl. der Verpackungs- und Transportkosten zu verkaufen, jedoch ohne eine Garantie für die Güte des Samens zu übernehmen. Ich erüche daher Privat-Holzförster und Kommunen, ihre desfallsigen Bestellungen unter Beifügung der Beträge an die hiesige Königl. Forstkasse zu richten, und bemerke, daß die Kosten für die Verpackung und den Transport von Kiefern der Kürze wegen durch Postverschiff entnommen werden müssen.

Bielefeld, den 6. Februar 1862.
Der königliche Oberförster Brehmer.

Möbel-, Kleider-, Betten- und Wäsche-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich Montag den 10. Februar c. Vormittags von 9 Uhr ab in dem Auktionslokal Magazinstraße Nr. 1

Mahagoni- und Birken-Möbel,

als: Sofas, Kommode, Kleiderkabinett, Tische, Stühle, Spiegel, 1 goldene Repetieruhr (Antike), Taschen, Tisch- und Wanduhren, goldene Ringe, gute Lampen, kurze Waaren, eine Partie Cigarrer, Kleidungsstücke, fünf Gebett-Betten, Leib-, Tisch- und Bettwäsche, Küchen- und Haushaltswaren öffentlich meistbietend gegen hoare Zahlung versteigern.

Zobel, gerichtlicher Auktionator.

Eine ganz in der Nähe Posens gelegene Wassermühle mit beständigem Wasser, nebst Gebäude, Garten und Land ist sofort unter guten Bedingungen zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Ztg.

Mehr zu Strzelkowo an der Grauer belegenes Wohnhaus, worin sich ein großer Laden befindet, will ich zu Johann anderweitig vermitteilen.

E. Schultz, Gutbesitzer.

Mein hier selbst am Hauptmarkt an der freuesten Stelle, der Stadt belegenes, aus 2 Etagen bestehendes Haus bin ich Willens aus freier Hand mit und ohne das darin seit 16 Jahren betriebene Galanterie- und Kurzwarengeschäft Familien halber unter guten Bedingungen zu verkaufen. Dasselbe ist zu jedem Kaufmännischen Geschäft, sowie zur Gastwirtschaft sehr gut belegen, hat mehrere massive Keller, einen großen Hinterraum und gehört zu demselben 2 Parzellen Waldland und 2 große Morgen Land an der Stadt.

Tremeschno, den 7. Februar 1862.

Wolff Lachmann.

Fischeret 17 ist eine Bäckerei vom 1. April ab zu verpachten. Das Näherte derselbst.

Das unterzeichnete Bureau übernimmt die Verpflichtung, alle bei ihm angemeldeten Staatspapiere, Aktien, Börs. u. a. auf das Sorgfältigste nach jeder Ziehung zu revidiren und von ev. Verlosungen sofort Nachricht zu geben. Man zahlt bei Anmeldung: von 1 bis 50 Stück für alle Ziehungen auf ein Jahr 2½ Sgr., auf drei Jahre 1½ Sgr. jährlich pro Stück, von 51 Stück ab auf ein Jahr 2 Sgr., auf drei Jahre 1 Sgr. jährlich pro Stück. Die Besitzer von Wertpapieren werden hierdurch vor großen Verlusten geschützt. Briefe franco.

Das Central-Kontrollbüro für alle verloobten Wertpapiere des In- und Auslandes in Posen, Schloßstraße 4.

H. Schönsfeld.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Hierdurch bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß ich am heutigen Tage das bisher mit Hilfe eines Werkführers betriebene Buchbindereigeschäft an denselben verkauft habe.

Iudem ich für das mir in dieser Beziehung geschenkt Wohlwollen dem geehrten Publikum meinen besten Dank sage, bitte ich daselbe auf meine Herrn Nachbiger freundlich übertragen zu wollen.

Das Papier-, Schreibmaterialien- und Galanteriewaren-Geschäft werde ich unverändert fortsetzen.

H. A. Fischer
(Carl John).

Iudem ich auf vorliegende Annonce höflichst Bezug nehm., bemerke ich, daß ich das von Herrn H. A. Fischer (Carl John) hier gekaufte Buchbindereigeschäft in dem früheren Umfang und vorläufig in demselben Lokale fortsetzen, überhaupt mich nach Kräften bemühen werde, das Renommee der alten Firma durch gute, dauerhafte und pünktliche Arbeit in jeder Beziehung zu rechtfertigen.

Hochachtungsvoll

Carl Lohrentz, Buchbindermeister.

En Folge Publikation der Adjudikation bin ich mit dem heutigen Tage Eigenbücher der früher Dähne'schen Hofapotheke nebst Mineral-priv. Wasseranstalt geworden.

Sie erlaube mir dies dem geehrten Publikum mit der Versicherung anzuseigen, daß ich das mir zu schenkende Vertrauen in vollster Weise zu rechtfertigen suchen werde.

Auch der Bereitstellung der homöopathischen Arzneien in einem getrennten Lokal werde ich meine ganze Sorgfalt widmen, und sage schließlich für das mir bisher geschenkte Vertrauen meinen besten Dank.

Neustadt bei Pinne, den 1. Februar 1862.

Die Albert Schinaski'sche Pap. und

Modewaren-Handlung,

Schuhmacherstraße 191.

Alle Arten von Stroh, Rosshaar- und Bordurenhüte werden zum Waschen, Modernisiren und Färben angenommen und nach Berlin befördert durch

die Puschhandlung von Ag. Roeder, Friedrichstr. 32 b.

Pur Frühjahrsverkauf empfiehlt sich zur Abwendung von seidenen und wollenen Kleidern, Tüll-Gardinen, Crepp de Chine-Tücher, Balkroben &c.

an die berühmte Kunst-Seidenfärberei und französische Waschanstalt

von B. Wolfenstein in Berlin

unter Zulassung der schönsten elegantesten Farben, Pünktlichkeit und billigen Preisen.

Die Agentur von L. Kletschoff, Krämerstraße Nr. 12.

Zur gefälligen Beachtung!

Das Waschen, Färben und Modernisiren aller Arten Stroh, Borduren- und Panamahüte hat bereits begonnen. Bitte daher die hohen Herrschaften und geehrten Kunden mich mit anderen Aufträgen baldigst befreien zu wollen. Auch fertige ich neue Hüte von verschiedener Qualität in den modernsten und gefälligsten Farben zu möglichst billigen Preisen.

Friedrichstr. 33 b., vis-à-vis der polnischen Landshof.

A. Lange.

100 bis 300 Morgen Kiefern-Wald, hauptsächlich Brennholz, wird zum Transport nach Posen zu laufen geführt, und gut und baar bezahlt. Schriftliche Adressen werden unter B. M. in der Expedition dieser Zeitung entgegenommen.

Französische Mühlsteine eigener Fabrik.

Lager deutscher Mühlsteine, Gussstahlplatten, Pochholz und Kalksteine zu Wellenlager empfiehlt zu soliden Preisen Clemens Kirchner in Berlin, Monbijouplatz 10.

Auf der Herrschaft Góra bei Jarocin (Bestier Ober-Landesgerichtsrath Molard) stehen 200 Fethammel (Kernwaare) zum sofortigen Verkauf.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die Bestände unseres Winterlaubers haben wir in den Preisen bedeutend herabgesetzt.

Julius & Simon Lasch, vorm. Meyer Falk Nachfolger, Markt 57.

Die ersten Sendungen unserer Nouveautés für Frühjahrs- und Gesellschafts-Toilette sind eingetroffen und empfehlen wir dieselben in Woll- und Seidenstoffen.

Die

Ein Stubenmädchen, das mit der Wäsche Bescheid weiß, etwas Schnellern kann und gute Arbeit aufzuweisen hat, wird zum 1. April gesucht. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Ein Stud. fahrt, nicht musikalisch, welcher bereits mit dem besten Erfolge unterrichtet, sucht eine Hauslehrerstelle. Franks-Offerren befördert die Exped. d. Bzg. sub A. B. C. 25.

Ein Kräulein in gesetztem Alter, welches seit 12 Jahren in einer angesehenen Familie sich bis jetzt befindet, und von dort die besten Empfehlungen erhalten kann, wünscht vom 1. April auf dem Lande ein Engagement anzunehmen. Näheres zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Billigstes illustriertes Wochenblatt.

Omnibus

Jeden Sonnabend eine Nummer 36 Spalten Text: Spannende Novellen — Stücken aus der Zeitgeschichte — Reisen — Jagdbilder — Abenteuer zu Wasser und zu Lande — Kriegsszenen — Gemälde aus der Natur und dem Leben mit vielen prachtvollen

Illustrationen.

Preis pro Quartal (12 Nummern) 12 Sgr.

Nr. 1 enthält: Der Verbrecher, aus den Aufzeichnungen eines Kriminalbeamten (mit 2 Illustrationen). Der Kommandant des Tower (mit Illustration). — Verlorene Kinder u. s. w.

Probenummern liegen aus und abonnieren man in der

E. Mai'schen Buchhandlung (Louis Türk), Wilhelmplatz Nr. 4.

Posen, den 8. Februar 1862.

Joachim Bendix.

Die Mitglieder des Handwerker-Unterstützungs- und Rettungsvereins werden dem §. 8 des Statuts zufolge ergeben eracht, sich zu einer Generalversammlung am Montag den 10. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr kleine Herberge Nr. 3 im Kuttner'schen Restaurationslokal recht zahlreich einzufinden zu wollen, woselbst über die Neuwahl des Verwaltungsrathes und den Rechenschaftsbericht für das Jahr 1861 verhandelt werden wird.

Auch Nichtmitglieder werden hierzu eingeladen.

Posen, den 8. Februar 1862.

Der Vorstand.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag, 9. Februar. Vorm. Herr Pastor Schönborn. Nachm.: Herr Oberprediger Klette.

Petruskirche. 1) Petrigemeinde. Sonntag, 9. Febr. früh 9½ Uhr: Herr Konfessorialrat Dr. Goebel. Abends 6 Uhr: Herr Land. Heidrich.

Mittwoch, 12. Febr. Abends 6 Uhr: Herr Prediger Franz.

2) Neustädtische Gemeinde. Sonntag, 9. Febr. Vorm. 11 Uhr: Herr Gen. Superint. D. Gratz (Abendmahl).

Freitag, 14. Febr. Abends 6 Uhr: Herr Gen. Superintendent D. Gratz.

Garnisonkirche. Sonntag, 9. Febr.: Herr Militär-Oberprediger Vor.

Stadttheater in Posen.

Sonntag, zum Benefiz für den Theaterratherrn Stügel zum dritten Male: Undine. Große Oper in 4 Akten von Borling.

Die Bettel mit "Donnerflag" bezeichnet werden Sonntag ausgegeben.

Montag, zum zweiten Male: Gute Nacht Hänchen! Original-Lustspiel in 5 Akten von Arthur Müller.

Dienstag, zum Benefiz für Fräulein Marie Holland: Johann von Paris. Romantische Oper in 2 Akten von Boieldieu. Zum Schluss: Mozart und Schikaneder. Komische Oper in 1 Akt mit Mozartscher Musik von Schneider.

Geschäfts-Versammlung vom 8. Februar 1862.

Fonds. Br. Gd. bez.

Preuß. 3½% Staats-Schuldsch. — 90 —

— 4% Staats-Anleihe — 99 —

— 4% — 102 —

Neueste 5% Preußische Anleihe — 108 —

Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855 — 121 —

Posener 4% Pfandbriefe — 103 —

— 3% — 98 —

— 4% — neue — 96 —

Schles. 3½% Pfandbriefe — 94 —

Westpr. 4% — 87 —

Poln. 4% — 84 —

Posener Rentenbriefe — 98 —

— 4% Stadt-Oblig. II. Em. — 95 —

— 5% Prov. Obligat. — 100 —

— Provinzial-Banknoten — 94 —

Stargard-Posen. Eisenb. St. Alt. — —

Oberschl. Eisenb. St. Alt. Lit. A. — —

Prioritäts-Oblig. Lit. E. — 85 —

Polnische Banknoten — 84 —

Ausländische Banknoten — —

Posener 5% Kreis-Obligationen — 99 —

5% Odra-Mellor. Obligationen — 99 —

Königl. Mind. Prior. Aktien IV. Em. 93 —

Roggen, niedriger, pr. Febr. 44 Gd.

Febr. März 44 Gd. März-April 44 Gd.

Frühjahr 44 Gd. April-Mai 44 Gd. Mai-Juni 44 Gd.

Spiritus lotso 15 Gd. p. Febr. u. März 16 Gd.

16 Gd. Mai-Juli 17 Gd. (Br. Obd.)

Spiritus, höher, mit Fas. pr. Febr. 16 Gd.

Amsterd. 250 Fr. turq. 3 142½ Gd.

do. 2 M. 3 142½ Gd.

Hamb. 300 Fr. turq. 2 151 Gd.

do. do. 2 M. 2 150 Gd.

London 1 83 Fr. 3 M. 4 61 Gd.

Paris 300 Fr. 2 M. 3 79½ Gd.

Wien öst. W. 8 E. — 72½ Gd.

do. do. 2 M. 5½ 72½ Gd.

Augsb. 100 Fr. 2 M. 3 56 26 Gd.

Franz. 100 Fr. 2 M. 3 56 26 Gd.

Leipzig 100 Fr. 8 E. 4 99½ Gd.

do. do. 2 M. 4 99½ Gd.

Petersb. 100 Fr. 3 M. 7 92½ Gd.

do. do. 3 M. 7 91½ Gd.

Bremen 100 Fr. 8 E. 3 109½ Gd.

Barthau 90 Fr. 8 E. 5 84½ Gd.

London, Freitag, 7. Febr., Nachmittags 3 Uhr.

Konsols 93. 1 proz. Spanier 43%. Merikaner 34%.

Hamburg 3 Monat 13 M. 7½ Sch. Wien 14 Fr. 10 Kr.

Paris, Freitag 7. Februar, Nachmittags 3 Uhr.

auf 71, 40 und schloß hierzu fest und belebt. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen.

Schlusshörte 3% Rente 71, 40, 4½% Rente 100, 40, 3% Spanier 48%, 1% Spanier —.

Destr. Staats-Eisenbahn-Akt. 512.

Destr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 750.

Amsterdam, Freitag 7. Febr., Nachm. 4 Uhr.

bryz. östr. Nat. Akt. 57½ 5% Metalliques Et. B. 70 Fr. 5proz. Metalliques 47½ 2½proz. Metalliques 24½.

Oppeln-Tarnowitzer 40 Br. Kosel-Oderb.

Pr. Wls. (Steel-Wl.) 4 59½ B.

Waaren-Akt. 5 —

do. 4 95½ B.

do. 4 104½ G.

do. 4 102½ G.

do. 4 97½ G.